118. Freitag den 24. Mai 1861. 118.

Posener Zeitung.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 24. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Die Kreisrichter von der Becke in Soest, Schubert in Essen, Geck in Werden, Heintzmann in Essen, Meiling in Hattingen und te Peerdt in Wesel zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen; den Rechtsanwalten und Notaren Köster in Schwelm, Ax in Mühlheim a. d. Ruhr und Schröder, genannt von Schirp, in Essen den Charakter als Justizrath, dem Kreisgerichts-Salarien- und Depositalkassen-Rendanten Stöhr in Soest den Charakter als Rechnungs-Rath und dem Kreisgerichts-Sekretär Baltz in Bochum den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen; ferner den nachbenannten Personen die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Orden 2c. zu ertheilen, und zwar: des Kommandeur-Kreuzes zweiter Klasse des Herzoglich braunschweigschen Ordens Heinrichs des Löwen: dem Major von Besser, beauftragt mit der Führung des Magdeburgischen Husaren-Regiments (Nr. 10); des Ritter-Kreuzes des Herzoglich sachsen-ernestinischen Haus-Ordens: dem bisherigen Oberst-Lieutenant und Kommandeur des Train-Bataillons des IV. Armee-Korps, Obersten a. D. Tiedemann, und der dem Herzoglich sachsen-ernestinischen Haus-Orden affiliirten silbernen Verdienst-Medaille: dem Wachtmeister Wetzel vom Train-Bataillon des IV. Ar[illegible]-Korps.

Der bisherige Gerichts-Assessor Harssew[illegible]denbrück ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Bielefeld [illegible] Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Paderb[illegible] eines Wohnsitzes in Wiedenbrück, ernannt worden.

Der Advokat Amlinger in Trier ist zum Anwalt bei dem Landgericht daselbst ernannt worden.

Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Karl von Preußen ist, von Weimar kommend, gestern hier wieder eingetroffen.

Se. Königliche Hoheit der Prinz Adalbert von Preußen ist gestern nach Karlsbad abgereist.

Angekommen: Der General-Major von Ciesielski, mit der Führung der 9. Division beauftragt, von Düsseldorf.

Abgereist: Der General-Major und Kommandeur der 23. Infanterie-Brigade, von Fallois I., nach Breslau, und der General-Major und Kommandeur der 16. Infanterie-Brigade, von Fallois II., nach Halle.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Donnerstag 23. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Newyork vom 11. d. marschiren 10,000 Separatisten gegen Washington; vom Norden her ziehen von allen Seiten Truppenmassen dahin; in Washington sind zweckmäßige Vorbereitungen getroffen worden.

Paris, Donnerstag 23. Mai. Aus Messina wird gemeldet, daß daselbst einige republikanische Banden zersprengt worden seien.

Belgrad, Donnerstag 23. Mai. Omer Pascha ist heute hier eingetroffen, von dem Musikkorps der türkischen sowohl wie der serbischen Truppen empfangen worden und Abends über Serajewo nach Mostar weitergereist.

(Eingeg. 24. Mai 8 Uhr Vormittags.)

Von der polnischen Grenze, Freitag 24. Mai. So eben ist das Bauern-Ablösungsgesetz erschienen. Die Frohndienste sind vom 1. Oktober d. J. ab aufgehoben. Mit Rücksicht auf den Modus der Ablösungen ist das Königreich in vier Abtheilungen getheilt.

(Eingeg. 24. Mai 11 Uhr 55 Min. Vormittags.)

Deutschland.

Preußen. AD **Berlin**, 23. Mai. [Unterhandlungen wegen Syriens; Sachsen-Koburg und der Nationalverein; Parlamentarisches.] Die Ratifikationen der letzten schon am 17. März abgeschlossenen Konvention über Syrien sind erst am vorigen Sonnabend (18. Mai) in Paris ausgewechselt worden. Schon diese Verzögerung weist darauf hin, daß Frankreich noch bis zur jüngsten Zeit den Gedanken festhielt, durch irgend eine Kombination die Verlängerung der Okkupation zu ermöglichen. Der konsequente Widerstand Englands hat diese Pläne zum Scheitern gebracht. Wie man aus sicherer Quelle erfährt, war die Pforte geneigt, das Verbleiben einer französischen Garnison in Beyrut zu bewilligen; doch hat das Tuilerienkabinet, da es augenblicklich ein Zerwürfniß mit England zu vermeiden wünscht, vorsichtigerweise seine Zustimmung zu diesem Projekt an die Bedingung geknüpft, daß der Antrag nicht von der Pforte, sondern von der Gesammtheit der bei der Konvention betheiligten Mächte ausgehe. Natürlich kann die englische Regierung nach ihrer bisherigen Haltung zu einem solchen Kompromiß nicht leicht die Hand bieten. Bekanntlich hat man viel darüber gestritten, ob die jetzt ratifizirte Konvention vom 17. März, deren authentischer Wortlaut bisher noch nicht bekannt geworden ist, ausdrücklich die Bestimmung enthält, daß mit dem 5. Juni der französischen Okkupation eine letzte Frist gestellt werde. Wie ich erfahre, enthält der erste Artikel der Konvention allerdings eine ähnliche Festsetzung, wenn auch nicht gerade in der angegebenen Form. — Der jüngste Antrag Sachsen-Koburgs am Bundestage ist für das Ansehen des Nationalvereins von hoher Wichtigkeit. Die koburgsche Motion bezweckt nicht allein, daß ein Bundesvotum die Gesetzlichkeit des Vereins anerkenne und somit den Unterdrückungsversuchen einzelner Regierungen ein Ende mache, sondern sie tritt auch mit der grundsätzlichen Erklärung auf, daß die Bestrebungen des Vereins mit den Wünschen der großen Mehrheit der deutschen Nation zusammenfallen. Man nimmt an, daß die koburgsche Regierung schwerlich eine so entschiedene Kundgebung gewagt haben würde, wenn sie nicht eines mächtigeren Rückhalts sicher wäre. — Das Ende der diesjährigen Landtagssession erwartet man im ersten Drittel des kommenden Monats. Es versteht sich von selbst, daß bei der Nähe dieses Termins die Regierung auf Vorlage der angekündigten Gesetzentwürfe, als da sind Kreisordnung, Regelung der Befugnisse der Oberrechnungskammer u. s. w., verzichtet. Auch selbst die schon gemachte Vorlage in Betreff der alljährlichen provisorischen Forterhebung des ordentlichen Budgets wird nicht zur Erledigung kommen. In Betreff des Militärbudgets rechnet man mit Zuversicht auf eine Verständigung zwischen der Regierung und der Mehrheit des Abgeordnetenhauses.

(**Berlin**, 23. Mai. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Im Laufe des heutigen Vormittags arbeitete der König mit dem Kriegs- und Marineminister v. Roon und den Generaladjutanten v. Alvensleben und v. Manteuffel und nahm darauf die Vorträge der Geheimräthe Costenoble und Illaire entgegen. Hierauf wollten die Majestäten die Thierschau und Ausstellung von landwirthschaftlichen Gegenständen im Kroll'schen Etablissement 2c. besuchen, ließen aber absagen und es fuhren nur der Kronprinz und die Kronprinzessin mit einigen andern hohen Herrschaften hinaus. Im königlichen Palais verweilte inzwischen die Prinzessin Karl, welche gestern Abend von Weimar hierher zurückgekehrt ist, und die sich darauf auch ins Schloß begab, um sich persönlich nach dem Befinden ihrer Schwiegertochter zu erkundigen. Wie ich höre, ist das Befinden der hohen Patientin im Ganzen befriedigend und sichert der Leibarzt einen guten Verlauf zu. Nachmittags konferirte der König mit den Ministern v. Auerswald und Graf Schwerin. Die Polizeiangelegenheiten sollen den König und die Minister in letzter Zeit vorzugsweise beschäftigt haben, und wie man erfährt, ist jetzt das Ministerium darin einig, daß Herr v. Zedlitz nicht länger zu halten, sondern ihm ein Nachfolger zu geben sei. Zu diesem Beschlusse sollen die in diesen Tagen hier vorgekommenen Straßenexzesse viel beigetragen haben. Als Nachfolger des Herrn v. Zedlitz wird jetzt mit großer Bestimmtheit der Geheimrath v. Winter genannt. — Im königlichen Palais ist heute wieder musikalische Abendunterhaltung; in derselben sollen jedoch nur einheimische Künstler und Virtuosen mitwirken. Eingeladen sind außer den hohen Herrschaften die Minister, Gesandten, Generale, Landtagsmitglieder und andere Personen von Rang. — Der Kriegsminister v. Roon begab sich heute Vormittag, als er das königliche Palais verließ, zum Minister v. Schleinitz und hatte mit demselben eine längere Konferenz. Darauf hatte der Minister des Auswärtigen Besprechungen mit dem Grafen v. Pourtalès und den Vertretern Belgiens, Frankreichs, Rußlands und Württembergs. Der russische Gesandte, Baron v. Budberg, befindet sich seit etwa einer Woche bei seiner Familie in der Schweiz; die Geschäfte der Gesandtschaft leitet während seiner Abwesenheit der Legationsrath Baron v. Mohrenheim.

Der Polizeilieutenant Greiff, welcher dem Oberst Patzke vor seiner Flucht einen Paß verschafft hat, ist gestern durch Beschluß des Kammergerichts gegen Erlegung einer Kaution von 2000 Thlr. seiner Haft entlassen worden. Diese Summe hatten seine zahlreichen Freunde schon vor einiger Zeit für ihn zusammengebracht. Dabei soll das Kammergericht ausgesprochen haben, daß ein Paßattest nach dem Gesetz eine Urkunde sei. — Die heute eröffnete landwirthschaftliche Ausstellung hat uns von nah und fern viele tausend Gäste zugeführt. Die Bahnzüge, die heute und gestern Abend hier anlangten, waren alle sehr stark besetzt. Die Eisenbahnverwaltungen haben meist alle Extrazüge zu einem sehr ermäßigten Fahrpreise veranstaltet und die Billets haben namentlich für solche Fahrgäste, die von fern gekommen sind, mehrere Tage Gültigkeit. Die Ausstellung soll nur drei Tage dauern; man wird aber wahrscheinlich von diesem Termine abgehen. Bisher zeigt sich das größte Interesse für das ausgestellte Vieh, das aber auch von seltener Schönheit ist. Heute Nachmittag, wo die Ausstellung für das Publikum geöffnet wurde, war der Andrang gewaltig. Dabei betrachteten mehrere Personen die in ihren eigenthümlichen Trachten erschienenen fremden Gäste mit größerem Interesse als die ausgestellten Gegenstände.

— [Auswanderung nach Rußland.] Ein Korrespondent der „Br. Z." warnt davor, sich durch die in der Regel glänzenden Anerbietungen zur Auswanderung nach Rußland verlocken zu lassen. Der Unfug, der dabei getrieben wird und die ganz gemeinen Betrügereien, denen sich Fremde mit einem leichtfertigen Engagement nach Rußland aussetzen, sind entsetzlich. Die Werber machen sich in der Regel kein Gewissen daraus, die betreffenden Leute, sei es nun als Arbeiter oder als Beamte, durch Zahlung eines guten Reisegeldes und Zusicherung eines auskömmlichen Gehaltes zu bestechen. Da die Fremden mit der in Rußland herrschenden Theuerung und den namentlich im Innern des Reichs unsäglichen Schwierigkeiten und Kostspieligkeiten des Reisens gemeinhin ganz unbekannt sind, so gehen sie durch dies Manöver gewöhnlich in die Falle. In Rußland angekommen, fehlt es ihnen dann bald am Nothwendigsten. Man giebt ihnen dann Vorschüsse, nimmt ihnen die Pässe ab und hat sie dann ganz in der Gewalt. Das Postwesen ist, von den großen Straßen abwärts, über alle Begriffe mangelhaft; eine prompte Justiz existirt nur nominell, und bis so ein armer Teufel dann seine Klage an den rechten Ort bringen kann, darüber kann er verhungern und verkommen. Es ist ganz unglaublich, welche Nichtswürdigkeiten in dieser Beziehung auch noch heute vorkommen, und es ist nicht gerathen, ein russisches Privatengagement anzunehmen, das nicht auf kontraktlichem, unter der Garantie von Behörden abgeschlossenem Engagement beruht und die ausdrückliche Klausel enthält, daß jede etwa vorkommende Streitigkeit nur durch eigens von den Parteien erwählte Schiedsrichter geschlichtet werden darf.

— [Braunschweigsche Bank- und Darlehnsscheine.] Zu dem Umtausche der von der Herzoglich Braunschweigschen Leihhausanstalt in Stücken von 1 Thlr., 5 Thlr. und 20 Thlr. ausgegebenen Bank- und Darlehns-Bankscheine ist ein letzter Termin bis zum 1. August 1861 festgesetzt worden.

Oestreich. **Wien**, 21. Mai. [Ministerkrisis.] Wir befinden uns in der That in diesem Augenblicke in einer vollen Ministerkrisis, und heute findet gleich nach der Ankunft des Kaisers ein großer und, wie es scheint, entscheidender Ministerrath statt. Die Partei des Herrn v. Schmerling wird, wie man in sonst wohlunterrichteten Kreisen versichert, keineswegs mit der direkten Forderung auftreten, den Pesther Landtag im Falle der Annahme der Adresse Deaks aufzulösen, sie wird vielmehr auf die Beantwortung der Adresse durch den König antragen. In dieser Antwort soll die Adresse Punkt für Punkt diskutirt und die Ungerechtigkeit der Forderung, die Gesetze von 1848 zu reaktiviren, nachgewiesen werden. Der Schwerpunkt des Beweises soll, geht es nach dem Willen der gedachten Partei, auf die Debrecziner Beschlüsse von 1849 gelegt werden, durch welche Ungarn selbst den Boden des Gesetzes verlassen habe, auf den folgerichtig sich auch die Regierung nicht zu stellen brauche. Dem entgegen tritt die ungarische Partei mit dem Vorschlage auf, die Prinzipienfrage in der königlichen Antwort auf die Adresse nicht zu diskutiren, sondern sich vorläufig auf den Standpunkt der Gesetze von 1848 zu stellen und im parlamentarischen Wege durch königliche Propositionen die Aenderung dieser Gesetze zu bewirken. Geht es nun im Sinne dieser Partei, so würde bald nach dem Einlangen der ungarischen Adresse in Wien ein Konseil von ungarischen Notabilitäten zusammentreten, um einen Entwurf der königlichen Antwort zu berathen. Man nennt bereits als Mitglieder dieses Konseils außer den ungarischen Regierungsmännern den Kardinal-Primas Scitovszky, den Grafen Barkoczy und Deak. Es muß hinzugefügt werden, daß diese Partei auf die Ansichten des Kaisers die meisten Hoffnungen setzt. Ein zu schaffender Verfassungsausschuß, bestehend aus Mitgliedern des Reichsraths, des ungarischen und kroatischen Landtags und aus Vertrauensmännern Siebenbürgens, würde dann die staatsrechtliche Stellung der einzelnen Länder der Monarchie zu einander in Berathung ziehen. Wir glauben sagen zu können, daß diese unsere Angaben den thatsächlichen Verhältnissen zum mindesten sehr nahe kommen.

Wien, 22. Mai. [Der Kaiser und die Kaiserin] sind gestern Nachmittag hier angekommen. In Baden wurde die Kaiserin von der Erzherzogin Sophie und den kaiserlichen Kindern erwartet; im Südbahnhofe, der festlich ausgeschmückt und mit Blumen geziert war, hatten sich die Erzherzoge Franz Karl, Ludwig Victor, Rainer und der Herzog von Modena eingefunden, so wie der gesammte Hofstaat 2c. in Gala. Eine sehr große Volksmenge hatte sich dort versammelt, welche die Kaiserin bei ihrem Erscheinen mit lebhaftem Vivatrufen begrüßte. Die Kaiserin überraschte, wie die „Ostd. Post" bemerkt, durch ihr besonders gutes, ja blühendes Aussehen. Nachmittags war Familiendiner, an welchem die sämmtlichen Glieder der kaiserlichen Familie theilnahmen. Der ungarische Hofkanzler Baron v. Vay, der siebenbürgische Hofkanzler Baron Kemenyi und Minister Graf Szecsen waren in Nationaltracht im Bahnhofe erschienen. In der Hofburg-Pfarrkirche findet heute Vormittag zum Danke für die glückliche Rückkehr der Kaiserin feierlicher Gottesdienst statt, welchem sämmtliche Mitglieder des Kaiserhauses beiwohnen werden.

Bozen, 19. Mai. [Zur Protestantenfrage.] Man schreibt der „Ostd. Post" von hier: Bei der Gebirgsbeleuchtung, die unsere Potemkins dem Tiroler Landtage als Dankopfer für seine „mannhafte" Haltung in der Glaubensfrage darbrachten, entstanden in der Nähe von Kaltern zwei Waldbrände. Die hekatombenlustigen Brandschürer hätten es wohl gerne gesehen, daß ganze Wälder Zeugniß von der lebendigen Flamme ihres Herzens gegeben, und es stand namentlich am sogenannten „Jagdbichel" nahe daran, daß das dortige weitläufige Gehölz in Asche gelegt worden wäre. Während sie nun dem Schauspiele zusahen, das Tirol einen Platz in der Geschichte unserer Tage sichert, war eine in der Nähe stationirte Kompagnie des Infanterie-Regiments „König der Niederlande", meist aus ungarischen Protestanten bestehend, eifrig bemüht, die beiden Waldbrände zu löschen, was ihr auch endlich ohne Beihülfe dee Landleute gelang. Wir sind weit entfernt, einen Vergleich zu ziehen zwischen protestantischem Hausverstand und der tiefern Weisheit der Hoch- und Ehrwürdigen; der Bodensatz der Letzteren wird aber nachgerade, wenn sie ihn auch nicht selbst verriethen, dem Blödesten klar. Schon verlautet, dem toleranten Klerus sei es lange nicht so sehr um den Ankauf irgend eines Gutes durch Protestanten zu thun, als vielmehr um den Verlust der frommen Gaben, Opfer, Beiträge, Messengelder u. dgl. Da die Bozener Zeitung unter dem Landvolke sehr verbreitet ist und nicht abläßt, in der Protestantenfrage die Wahrheit zu sagen, setzt der Klerus schriftliche Erklärungen in Umlauf, womit sich der Unterzeichnende verpflichtet, nicht mehr auf jene Zeitung zu abonniren.

Feldkirch, 19. Mai. [Kirchliche Agitation.] Der „Presse" wird von hier gemeldet: Heute wurde hier von der Kanzel herab zur Unterzeichnung folgenden Aufrufs aufgefordert: „Wir wollen, daß unsere Abgeordneten, denen wir die Wahrung der heiligsten Angelegenheiten des Landes zuversichtlich anvertraut haben, in ernster Würdigung der großen Gefahr, welche uns im Besitze unserer alten, von den Vätern ererbten Rechte bedroht, sich bei Sr. apostolischen Majestät eiligst und kräftig dahin verwenden, daß dem Lande Vorarlberg die Glaubenseinheit erhalten werde und die Protestanten von der Ansässigmachung ausgeschlossen bleiben." In den Landgemeinden wird dieser Aufruf von Haus zu Haus zur Unterschrift getragen. „Wann wird endlich", fügt die „Presse" fragend hinzu, „diesem Treiben, dieser Aufwiegelung in einem Lande, wo

die Protestanten schon seit vielen Jahren ansässig sind, ein Ziel gesetzt?"

Graz, 18. Mai. [Brandunglück.] Gestern früh ist auf telegraphischem Wege aus Judenburg die Schreckenskunde von der fast gänzlichen Einäscherung des 700 Einwohner zählenden Marktes Unzmarkt hier eingetroffen. Ein Telegramm ist vom Bezirksamt Judenburg an das Statthaltereipräsidium gerichtet und lautet: Der Markt Unzmarkt ist gänzlich bis auf 6 Häuser abgebrannt. 8 Leichen wurden aufgefunden. Mehrere Menschen werden vermißt. Das Elend ist grenzenlos. Von hier wurden bereits Lebensmittel nach Unzmarkt gesendet. Sammlungen sind im Zuge. Der Schaden wenigstens 200,000 Fl. Ein zweites Telegramm vom Postamt Judenburg an die Postdirektion in Graz lautet: Unzmarkt gestern abgebrannt. Postmeister durch Verbrennung gestorben. Expeditor dem Tode nahe. Das Amt ohne Beamte. Bis nun 8 Leichen.

Hannover, 22. Mai. [Die liberale Bewegung.] Die Zustimmungsschrift aus Emden hat unter ihren 131 Zeichnern den Bürgermeister, sämmtliche Bürgervorsteher, die ersten Firmen des Handelsstandes. Von solchen Zeugen konnte wohl die Ueberzeugung ausgesprochen werden, „daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Ostfrieslands sich in voller Uebereinstimmung mit der Adresse vom 8. April befinde", und damit ist über die Schleusenpolitik der Spruch gefallen. Aus Hildesheim sind 450 Bürger beigetreten, und mit der gleichen Zahl ist das Gesuch an die städtischen Behörden unterzeichnet: „in geeigneter Weise dahin wirken zu wollen, daß unsere Klagen kräftig und freimüthig an betreffender Stelle dargelegt und vertreten werden." Aus Lüneburg sandten 80 Bürger ihre Zustimmung; sie ist der Art, daß die „Ztg. f. Nordd." unter den obwaltenden Preßverhältnissen sich lieber den Abdruck versagt. Mittelbar kommt nun aber auch, und zwar durch einen von der „N. Hann. Ztg." mit Staunen bemerkten Artikel der „Allg. Ztg.", eine Zustimmung aus den Ritterschaften, wenigstens im Punkte der Vertrauensfrage. Die Insinuation der offiziösen Presse, als gehe die ganze neueste Agitation nur auf die Verdrängung des Adels aus der Ersten Kammer, sieht dieser Artikel als einen Kunstgriff des Ministeriums an, die eine Partei gegen die andere zu gebrauchen, um sich selbst auf Kosten der einen oder anderen zu rehabilitiren. Diesen Plan würden die Ritterschaften selbst durchkreuzen, kraft ihrer Initiative auf die Reform der Landschaften und eine ihr anzupassende Neubildung der in ihrer jetzigen Verfassung unhaltbaren Ersten Kammer dringen, auf Privilegien und Vorrechte verzichten, neuen Elementen bereitwillig Eingang verschaffen. Die Reform, welche die Regierung gewollt, sei mit Recht gescheitert, nicht an der Privilegiensucht der Ritter, sondern an ihrer eigenen Unvollkommenheit und an dem mangelnden Vertrauen zur Regierung. (K. Z.)

Baden. Heidelberg, 21. Mai. [Deutscher Handelstag.] In der letzten Sitzung des deutschen Handelstages fiel die Wahl des Vorstandes auf folgende Mitglieder: Schramm aus Dresden mit 69 Stimmen, Behrend aus Danzig (68), Hähnle aus München (68), Puscher aus Nürnberg (67), Wertheim aus Wien (62), Weigel aus Breslau (59), Moll aus Mannheim (55), Hansemann aus Berlin (53), Finckh aus Reutlingen (50), Dietrich aus Berlin (47), v. Sybel aus Düsseldorf (47), Oberleithner aus Olmütz (46), Roß aus Hamburg (44), Classen aus Köln (40), Jordan aus Neustadt a. d. H. (33). Die meisten Stimmen nach diesen erhielten Soetbeer (31), Braun aus Wiesbaden (30) und Varrentrapp aus Frankfurt (30), welche drei Mitglieder, da nachträglich noch die Berechtigung des Vorstandes zur Kooptation von vier Vorstandsmitgliedern beschlossen worden ist, unter den durch solche Selbstergänzungswahl in den Vorstand tretenden Mitgliedern sich befinden werden.

Frankfurt a. M., 22. Mai. [Die Würzburger.] Die Zahl der an den Würzburger Verabredungen noch festhaltenden Mittelstaaten ist in der letzten Zeit in einer Weise zusammengeschmolzen, daß die demnächstige Ernennung der Armeekorpskommandanten, sofern man dieselbe im Einklange mit den Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung vornehmen will, auf die ernstesten Schwierigkeiten stoßen dürfte. Der formelle Austritt Badens ist bekannt, und damit ist das 8. Korps unvollzählig geworden. Kurhessen zeigt keine Lust, sich dem sächsischen Oberbefehl unterzuordnen, wodurch die Einigkeit des 9. Korps, an welcher schon die Zustimmung Niederlands fehlte, völlig gesprengt ist. Endlich scheint auch von den beiden einzigen Vertretern des 10. Korps auf der Würzburger Zusammenkunft, Hannover und Mecklenburg-Schwerin, das Letztgenannte auf den Rückzug zu sinnen. (S. M.)

Großbritannien und Irland.

London, 21. Mai. [Clay über den nordamerikanischen Bürgerkrieg.] Der Gesandte der Vereinigten Staaten in Petersburg, Herr C. M. Clay, der sich eben hier befindet, richtet ein Schreiben an die „Times", um einige Bemerkungen über die Verwickelungen in Amerika zu machen, die, wie er bemerkt, zu seinem Erstaunen in Europa so wenig verstanden würden. Er stellt sehr verschiedene Fragen auf und beantwortet sie vom Standpunkte eines eifrigen Unionspatrioten, nämlich folgendermaßen:

„1) Wofür fechten wir? Antwort: Wir fechten zur Aufrechthaltung unserer Nationalität und der Freiheitsgrundsätze, auf die sie gegründet ist; derselben Nationalität, zu deren Respektirung England sich wiederholt verpflichtet hat. Die sogenannten konföderirten Staaten von Amerika rebelliren gegen uns und unsere Nationalität. Sie verlangen, daß man sie ungehindert gewähren lasse, und konspiriren gegen uns, bemächtigen sich gewaltsam unserer Forts, Arsenale und Waffenvorräthe, fangen unsere Schiffe ab, belegen unsere Kassen mit Beschlag und bedrohen selbst unsere Hauptstadt Washington. Sie, die despotischen Herren von 4 Millionen afrikanischer Sklaven, wollen denselben Despotismus zu uns, der weißen Race, verpflanzen, indem sie die Freiheit des Wortes und der Presse durch den Schrecken des Lynchgesetzes, die Humanität durch das Dogma der Sklaverei unterdrücken möchten. 2) Aber werdet Ihr im Stande sein, diese rebellischen Staaten wieder zu unterwerfen? Antwort: Ganz gewiß. Denn sie alle zusammen zählen noch lange nicht so viele Einwohner als der Staat Newyork allein. Sie haben 8,907,894 Weiße mit 4 Millionen Sklaven, während die Union von 20 Millionen einer gleichartigen Race bevölkert ist, die so kriegstüchtig wie nur irgend eine auf der Erde ist. Wir haben das Kapital, die Leute und die Herrschaft über das Meer sowohl wie über die Binnengewässer. Darum besitzen wir auch die Macht, der Rebellion binnen Jahresfrist ein Ende zu machen. 3) Aber könnt Ihr ein „unterjochtes" Volk auch regieren und die alte Union wiederherstellen? Antwort: Wir wollen die rebellischen Staaten durchaus nicht „unterjochen", sondern bloß die rebellischen Bürger zur Ruhe bringen. Wir wollen der unionsfreundlichen Bevölkerung des Südens wieder zu ihrer alten Freiheit und Sicherheit verhelfen, und so wird die Union wiederhergestellt werden, ohne daß ein einziger Buchstabe in der Verfassung der Vereinigten Staaten geändert zu werden braucht. Hat England etwa Schottland und Irland unterjocht? Ist das vereinigte Königreich heute minder homogen, als vor den Revolutionskämpfen? Dasselbe wird bei uns der Fall sein." Die folgenden drei Fragen sind speziell an England gerichtet, nämlich: „4) Auf welcher Seite sollte England wegen seiner Ehre in diesem Kampfe stehen? Antwort: Auf Seiten der Union, die der Freiheit jenseits des atlantischen Ozeans ein Hort ist, wie England ihr Hort in Europa. Weil sie beide gemeinsame Tendenzen, deshalb auch gleiche Interessen verfolgen. Weil England im Unrecht wäre, wenn der amerikanische Süden Recht hätte. Weil mit der Ausdehnung der Sklaverei in Amerika die Sklaverei auch in Britisch-Westindien wieder einziehen würde. 5) Was ist gegenwärtig Englands Interesse? Fest an der Union zu halten. Denn diese wird immer ihr bester Kunde bleiben, mag der Zolltarif wie immer geändert werden. Der freie Weiße und der Kapitalist werden ewig mehr Waaren brauchen, als der weiße Herr mit seinen Schwarzen. England, Frankreich und die übrigen Staaten könnten wahrlich nichts gewinnen, wenn die Vereinigten Staaten auf den Stand der Zivilisation Mexiko's zurückgeführt werden. 6) Kann England leichthin die große Nation beleidigen, die noch immer „die Vereinigten Staaten von Amerika" sein werden, auch wenn ein Theil des Südens verloren gehen sollte? Antwort: Unsere 20 Millionen Einwohner werden in 20 Jahren zu 40 und ein halbes Jahrhundert später zu 100 Millionen angewachsen sein; 4000 (engl.) Meilen Eisenbahnen werden den Verkehr zwischen dem Atlantischen und Stillen Weltmeer besorgen. Ist England dann gegen Aufstände im Innern und gegen den Ehrgeiz fremder Staaten so geborgen, daß es wagen dürfte, den Samen der Rache in unsere Zukunft zu säen? England ist unser natürlicher Alliirter. Wenn England gerecht ist, darf es, wenn es hochherzig ist, kann es, und wenn es klug ist, wird es dies nimmer vergessen."

Zu diesem Briefe macht die „Times" einige kritische Bemerkungen, zumal in Betreff der ersten und letzten Frage und deren Beantwortung durch Herrn Clay. Sie findet es etwas phrasenhaft, wenn dieser sagt, der Norden kämpfe für Freiheit und Nationalität, denn es liege nicht in den Geboten der Freiheit, den Süden zum Verbleiben bei der Union mit den Waffen zu zwingen, und von einem Nationalitätskampfe lasse sich im vorliegenden Falle doch gar nicht reden. Die letzte Frage betreffend meint die „Times", Englands Ehre und Interesse werde am besten gedient sein, wenn es sich ganz neutral verhalte, und sich nicht im Geringsten darum kümmere, ob die Amerikaner nach 50 Jahren darob böse sein könnten.

— [Das Rundschreiben des Grafen v. Persigny an die Präfekten] hat natürlich hier im Lande der Schreib- und Redefreiheit wenig Gnade gefunden. Die „Times" schreibt: „Eine Rückkehr zur politischen Tyrannei ist des Siegers von Solferino und des Herrschers, der in Frankreich zuerst die Bahn des freien Handels betrat, schwerlich würdig. Und doch scheint es, daß es mit Verfolgungen und Beschlagnahmen und der summarischen Gerichtsbarkeit von Präfekten noch nicht aus ist. Das die ersten Jahre des neuen Kaiserreiches kennzeichnende traurige Zwangssystem soll noch nicht aus dem Gedächtnisse der Welt schwinden. Man sollte denken, die Verurtheilung des Druckers und Verlegers der Flugschrift des Herzogs von Aumale und der gegen dieselben gefällte strenge Spruch würde bonapartistischer Rache genügt und bonapartistische Befürchtungen verscheucht haben. Einjähriges Gefängniß für das Vergehen, einen geistreichen Angriff auf eine kaiserliche Person veröffentlicht zu haben, ist doch sicherlich eine Strafe, die stark genug ist, um in Zukunft die Freude der Satire im Zaume zu halten. Aber die Wege absoluter Herrscher sind nicht die Wege gewöhnlicher Sterblicher. Der kaiserliche Hof erblickt in dem Arbeitszimmer eines jeden Verlegers einen Herzog von Aumale. Es ist nicht genug, daß orleanistische Schriften ihren Verfassern und Verlegern ebenso strenge Strafen bringen, wie die sind, mit welchen abscheuliche Verbrechen heimgesucht werden. Derartige Schriften sind so gefährlich, daß man zu ihrer Unterdrückung zu Ausnahmemaaßregeln seine Zuflucht nehmen muß. Durch das Rundschreiben des Ministers des Innern wird nicht nur die Pariser Presse unter die Ueberwachung des Seinepräfekten gestellt, sondern in allen großen Städten sind Drucker und Verleger Haussuchungen von Seiten der Vertreter der kaiserlichen Regierung ausgesetzt. Es hält schwer, sich einen vollständigeren Umsturz jenes Rechtes der freien Erörterung zu denken, welches, wie man glaubte, Frankreich im Jahre 1861 wiederverliehen worden war. Allerdings handelt es sich um Flugschriften oder Artikel, welche von Verbannten verfaßt sind; allein es ist leicht einzusehen, daß, da jede Partei Mitglieder zählt, die in der Verbannung leben, und da jede anti-imperialistische Ansicht durch Männer vertreten wird, die sich im Auslande aufhalten, das Rundschreiben den Präfekten Vollmachten verleiht, welche nur durch ihr eigenes freies Ermessen beschränkt werden. Wir können uns nicht der Ansicht verschließen, daß diese Probe ministerieller Gefälligkeit ein grober Mißgriff ist. Herr v. Persigny, als Bonapartist und als der Standhafteste und Aufrichtigste der Genossenschaft, hätte sich davor hüten sollen, der Partei der Nebenbuhler ein so großes Gewicht beizulegen. Es ist klar, daß, wenn das Rundschreiben auch nur von Verbannten im Allgemeinen spricht, es doch die Orleanisten sind, welche man hauptsächlich fürchtet und gegen welche man hauptsächlich auf der Hut ist. Es giebt Anstandsrücksichten, welche eine Regierung in ihrem Auftreten zu beobachten hat, und aus diesem Grunde glauben wir, es wäre besser gewesen, wenn man sich eines gegen die Familie Orleans gerichteten Manifestes enthalten hätte. Wenn man eine so gereizte Stimmung über die Flugschrift des Herzogs von Aumale an den Tag legt, so verleitet man beinahe zu dem Glauben, er und sein Haus seien zu fürchten und hätten eine Zukunft, welche dem kaiserlichen Throne Unbehagen erweckt."

— [Die syrische Frage.] Ueber Thouvenels Depesche an den französischen Gesandten in Konstantinopel bemerkt die „Morning Post": „Es liegen gegenwärtig drei verschiedene Vorschläge für die Regierung Syriens vor. Großbritannien will ganz Syrien in ein großes Vizekönigthum verwandeln und in mehrere Vize-Gouverneurschaften theilen, deren eine der Libanon bilden würde, und zwar unter einem christlichen Vizegouverneur oder Pascha, der jedoch ein Ausländer oder wenigstens kein Maronit sein sollte. Dies jedenfalls ist der Vorschlag, welchen Lord Dufferin den internationalen Kommissaren gemacht hat. Die französische Regierung ihrerseits besteht dem Vernehmen nach darauf, daß dieser christliche Gouverneur ein Maronit und keinem General-Gouverneur Syriens verantwortlich sein soll. Ein solcher Vorschlag scheint uns ganz unzulässig, wäre es auch nur, weil er die Drusen direkt den Maroniten unterwerfen und nicht nur ungerechter Behandlung aussetzen, sondern dadurch einen frischen Ausbruch vorbereiten würde. Der türkische Vorschlag endlich geht darauf hin, den status quo ante bellum aufrechtzuhalten: mit andern Worten, die abgesonderten Paschaliks wiederherzustellen, deren Widerstreit voriges Jahr die Gräuel in Syrien so verschlimmerte. Der türkische Vorschlag erscheint uns daher eben so unausführbar wie der französische. Wir können die bezeichnende Sprache, in welcher Herr Thouvenel die Geburt einer europäischen Frage als Folge neuer Unruhen in Syrien prophezeit, nicht mit Schweigen übergehen. Die Wahrheit ist, daß es in der Macht der französischen Regierung steht, solche Unruhen zu erzeugen und ihrem Ausbruch vorzubeugen. Wenn sie künftig jene halb politische, halb religiöse Propaganda, der sie bis jetzt in Syrien so emsig Vorschub geleistet hat, zurückhalten will, so zweifeln wir kaum, daß Alles ruhig bleiben wird. Wo nicht, so werden beide Racen bald wieder in Waffen stehen. Man hat auf der anderen Seite des Kanals viel von „Verantwortlichkeit" gesprochen, aber die schwerste Verantwortlichkeit wird auf den fremden Sendlingen lasten, wenn sie abermals, wie im vorigen Sommer, die Ruhe des Orients stören."

London, 22. Mai. [Telegr.] Nach hier eingetroffenen Berichten aus Newyork vom 11. d. haben die Virginier das der Union gehörige Dampfschiff „Seldon" in Besitz genommen. — Das Gerücht von einem Negeraufstande in Kentucky hat sich nicht bestätigt. — Der „Great Eastern" war in Newyork angekommen.

Frankreich.

□ Paris, 21. Mai. [Persigny's Rundschreiben; die syrische Angelegenheit; Prinz Napoleon und Lucian Murat; Beschwerde gegen den Seinepräfekten; Vermischtes.] Die Broschüre des Herzogs von Aumale hat dem Grafen Persigny Veranlassung zu einem Rundschreiben gegeben, in welchem er die Präfekten auffordert, alle Erscheinungen dieser Art auf das Sorgfältigste zu bewachen, ihrer Verbreitung durch sofortige Beschlagnahme entgegenzutreten (s. Nr. 116). Der ganze Ton dieses Zirkulars zeigt, wie tief jene Flugschrift die bonapartische Regierung verletzt hat und wie sie eine entschiedene Furcht vor der Macht und dem Einfluß der orleanistischen Partei hat. Das gleiche Verdammungsurtheil hat die Rede des Herzogs, welche er in der Londoner literarischen Gesellschaft über die Preßfreiheit gehalten hat, betroffen. Daß es den hiesigen Blättern verboten worden sei, ihrer Erwähnung zu thun, habe ich bereits in meinem letzten Briefe gemeldet. Inzwischen ist (wie wir gestern schon mitgetheilt) dies Verbot vermittelst eines zweiten Zirkulars den Präfekten zugegangen. Es ist eigenthümlich, daß dem Kaiser die eigene Geschichte nicht gelehrt hat, daß solche systematische Absperrungen durchaus keinen Erfolg haben. Gegen die Macht der Idee wird auch Napoleon III. keine Schranken aufrichten können. — Die Flotte, welche sich nach Syrien begeben soll, hat bekanntlich gestern den Hafen von Toulon verlassen, und vorläufig kann man daher die syrische Frage als beseitigt ansehen. In den Kreisen der hiesigen offiziellen Presse schlägt man großen Lärm über das Anerbieten, welches Vely Pascha, der Vertreter der Pforte, im Namen des Sultans dem Kaiser [illegible]: er möge nämlich eine Besatzung in Beyrut zurücklassen. Napoleon soll diese Bitte abschläglich beantwortet haben, da es ihm seine Loyalität verböte, gegen den Willen der anderen Mächte und den Wortlaut der Verträge zu handeln; er werde indessen, im Fall neue Unruhen eintreten sollten, ganz nach eignem Ermessen handeln. Diese Erzählung verdient indessen wenig Glauben. Die französische Regierung verläßt Syrien mit großem Widerstreben, und hätte die Pforte einen derartigen Vorschlag gemacht, so würde man ihn mit Vergnügen angenommen haben. Am Sonnabend ist die Ratifikation der Konvention vom 15. März, welche bekanntlich die fernere Okkupation Syriens bis zum 5. Juni gestattete, vollzogen worden. Die sämmtlichen Gesandten hatten sich im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eingefunden, mit Ausnahme des Grafen Pourtalès, welcher noch nicht aus Berlin zurückgekehrt ist und durch den Geschäftsträger, Prinzen von Reuß, vertreten wurde.

Die Neuwahl eines Großmeisters der Freimaurer in Frankreich, welche sonst ganz unbeachtet bleibt, hat diesmal eine besondere Bedeutung durch die Rivalität des Prinzen Jerôme Napoleon und seines Vetters L. Murat bekommen. Letzterer ist seit dem Jahre 1854 Großmeister; die politischen Verwickelungen, seine zu wiederholten Malen auf den neapolitanischen Thron geltend gemachten Ansprüche, seine Parteinahme für den Papst, hatten ihm indessen eine Menge Gegner in den verschiedenen Logen geschaffen, welche er jetzt, wo seine Herrschaft zu Ende geht, durch allerlei Gewaltmaaßregeln zu beseitigen suchte. Er unterdrückte eine Freimaurer-Zeitung, welche sich gegen seine Wiederwahl ausgesprochen, und entsetzte 11 Vorsteher einzelner Logen sowohl in der Provinz wie in Paris aus demselben Grunde ihrer Stellung. Dieses Verfahren hat ihm indessen wenig geholfen, sondern, wie es scheint, seinem Gegner, dem Prinzen Napoleon, nur neue Freunde zugeführt, für den unter der Hand außerordentlich gewühlt worden ist. Am Sonnabend ließ der Prinz Napoleon übrigens einen gedruckten Brief unter den Freimaurern vertheilen, in welchem gesagt wurde, daß er aus Rücksicht für seinen Vetter nicht als wirklicher Kandidat auftreten wolle, daß er indessen die Wahl, wenn sie auf ihn fiele, annehmen werde. Die gestern Abend abgehaltene „gesetzgebende Versammlung", zu welcher eine namhafte Anzahl von Mitgliedern aus der Provinz eingetroffen, war stürmisch. Gegen den Wunsch des Prinzen Murat, welcher die Wahl durch Akklamation wünschte, beschloß man, die Wahl durch Namensaufruf vorzunehmen. Dieser ging indessen eine Prüfung der Vollmachten voraus, welche noch einige Tage dauern wird, so daß das Resultat nicht vor Freitag zu erwarten ist. (Nach dem gestrigen Telegramm ist die Wahl bereits auf den Prinzen Napoleon gefallen.) Der Prinz Napoleon beabsichtigt eine längere Seereise anzutreten; wie man im Publikum sagt, wird er nach den Küsten Spaniens sich begeben; ich habe indessen Veranlassung, zu glauben, daß diese Angabe irrthümlich ist und er in der That einen Ausflug nach Amerika machen wird. — Im Senat ist eine Petition eingereicht worden, welche vielleicht Veranlassung zu einigen sehr lebhaften Debatten werden könnte. Ein Herr Montfleury, früherer Stellvertreter des Maire's vom 2. Arrondissement in Paris, beschwert sich darüber, daß das Dekret vom 9. Januar d. J., welches dem Seinepräfekten Haußmann eine ganz besondere Machtstellung namentlich in der Verwaltung der Kapitalien der Hospitäler und städtischen Anstalten einräumt, durchaus unkonstitutionell sei und die Verwaltung des Seinedepartements jeder Kontrole entzöge. Dieser Petition, welche ausschließlich gegen den allgemein verhaßten Haußmann gerichtet ist, hat Herr Montfleury ein die Richtigkeit ihrer Angaben bestätigendes Rechtsgutachten beigefügt, welches von mehreren bedeutenden Advokaten unterzeichnet ist. — Wie ich vernehme, ist der Erzbischof von Marseille sehr bedeutend erkrankt. Dieser Prälat ist der einzige Geistliche, welcher, ohne Kardinal zu sein, einen Sitz im Senate hat. — Thiers hat die Wahl der Akademie angenommen, welche ihm den vom Kaiser ausgesetzten großen Preis von 20,000 Franken zusprach. — Die Note im „Moniteur", welche die Nachricht über die Verbannung des Prinzen Murat aus Frankreich in Folge seiner Prätensionen auf den neapolitanischen Thron, dementirt, hat sehr überrascht. Bekanntlich zirkulirte wenige Tage, nachdem Murat seinen Brief an den anonymen neapolitanischen Herzog der Oeffentlichkeit übergeben, ein apokryphes Schreiben des Kaisers an ihn, in welchem derselbe seine Mißbilligung ausspricht. Es ist auffallend, daß dies Dementi erst jetzt in dem offiziellen Blatt erscheint, und man glaubt daraus schließen zu können, daß der Kaiser die muratistischen Ideen keineswegs von der Hand weisen will, zum großen Erstaunen aller braven Leute, welche bisher darauf geschworen, daß Napoleon nur einen Wunsch, nur ein Ziel habe, die Bildung eines einigen Italiens! — Eine andere, politisch nicht wich-

tige, aber sehr pikante Nachricht ist die (schon gestern erwähnte) Forderung, welche Murat seinem Vetter Jerome gesandt hat. Ich habe oben einen Brief des Letzteren an die Freimaurer erwähnt, in welchem er sich zur Annahme der Wahl bereit erklärt. Dies scheint Murat gekränkt zu haben; er ließ den Prinzen fordern und — novum aliquid atque inauditum — Jerome Napoleon nahm das Kartell an; als indessen die Sekundanten (man nennt mir Persigny, Magnan und Baron Heckeeren) mit der Feststellung der Bedingungen beschäftigt waren, erschien ein Brief des Prinzen Jerome, in dem er erklärte, der Kaiser habe das Duell verboten, er müsse daher seine Einwilligung zurücknehmen. Wäre mein Berichterstatter nicht ein Freund im Palais Royal, man wäre versucht, diese Sache für einen ausgezeichneten Scherz zu halten.

Paris, 21. Mai. [Tagesnotizen.] Am ersten Pfingsttage hat der Kaiser den neuen Gesandten der Vereinigten Staaten Nordamerika's, Herrn, William Dayton, in großer Audienz empfangen. — Die syrische Frage steht immer noch auf dem alten Fleck, obgleich die Flotte unterwegs ist. Wie man vernimmt, erscheint das russische Ostseegeschwader im nächsten Monat im Mittelländischen Meere und wird eine Zeitlang in Toulon anlegen. — Im gesetzgebenden Körper wird ein Gesetzentwurf über die Organisation der kochinchinesischen Besitzung eingereicht. Diese wird den stattlichen Titel eines „Etablissement de la Basse Cochinchine et du Cambodja“ führen. Das Gouvernement derselben wird nach Saigun verlegt, und als interimistischen Gouverneur nennt man den Linienschiffskapitän Dariès. Der Stabsoffizier Charners, Schiffsleutenant Saures, der in Aufträgen hierher geschickt worden ist, wurde von dem Kaiser zum Fregattenkapitän befördert. — Herr Bonnet, der mit dem Grafen Anglès die Erlaubniß zur Herausgabe der „France Liberale“ erhalten hatte, aber diese Erlaubniß wegen des inzwischen eingetretenen Todes seines Mitkonzessionärs sich vorenthalten sieht, hat deshalb den Minister des Innern vor dem Staatsrathe verklagt. Eine darauf bezügliche Denkschrift seines Advokaten wurde gestern den Mitgliedern des Staatsrathes zugestellt. — Auch gegen Pater Minjard soll nachträglich wegen seiner Rede in St. Roch eine Klage eingeleitet werden. Mehrere Mitglieder des „polnischen Komité's, die der kirchlichen Feier beiwohnten, sind bereits als Zeugen verhört worden. — Das Werk Proudhons: „Paix et Guerre“, in zwei Bänden, ist heute erschienen. Am schlimmsten kommt darin der exklusive Nationalismus, namentlich der polnische, weg; die Konklusion geht auf vollständige Beseitigung des Krieges quand même. — Der Senator Pietri, früher Polizeipräfekt zu Paris, begiebt sich in Mission nach Turin. Dieselbe soll Bezug auf die Anerkennung Italiens haben. — Hr. v. Cadore ist in der Nacht vom 20. auf den 21. Mai in Marseille an Bord gegangen, um in Rom während Herrn v. Grammonts Abwesenheit den Posten eines Geschäftsträgers zu versehen. Herr v. Grammont wird bis Ende Juni in Vichy zubringen. — Die siamesische Gesandtschaft, welche sich am 23. März an Bord der „Gironde“ zu einer Reise nach Europa begeben hat, besteht aus: Praya-Si-Phi-Pat, dem Neffen der beiden Könige und erstem Botschafter, Phra-Nay-Way, dem Botschafter des ersten, und Phra-Way-Isi, dem Botschafter des zweiten Königs. Unter dem Gefolge befinden sich ein Bruder und ein Sohn Praya-Si-Phi-Pats, ein kleiner Sohn Phra-Nay-Way's, acht Offiziere, welche mit der Ueberreichung der von den beiden Königen dem Kaiser und der Kaiserin bestimmten Geschenke beauftragt sind, endlich eine Dienerschaft von 27 Personen. Abbé Larnaudie, von der auswärtigen Missionsanstalt, begleitet die Gesandtschaft als Dolmetscher. Phra-Nay-Way hat die Absicht, in Frankreich eine Dampfmaschine von 60 Pferdekraft zu bestellen. Die „Gironde“ ist am 2. April von Singapore weiter gefahren.

— [Die Pläne der ungarischen Agitationspartei; Dementi.] Klapka ist am 15. d. M. in Turin eingetroffen und gleichzeitig kehrte Türr von Neapel dorthin zurück. Kossuth wurde am 16. ebendaselbst erwartet, und nachdem die beiden Erstgenannten mit hohen Personen Konferenzen gehabt hatten, sollte Kossuth denselben ebenfalls beitreten. Wenn man nun die Fragmente der Rede liest, welche Graf Teleky im ungarischen Parlamente halten sollte, so wird man zu der Annahme berechtigt, daß es auf eine doppelte Schilderhebung gegen Oestreich abgesehen war, über deren Möglichkeit eben jetzt noch in Turin berathen wird. Diese Situation hat ihre sehr ernste Seite, denn wie man hier vernimmt, wird die eigentliche ungarische Agitation erst nach der Votirung der Adresse beginnen. Die Ungarn sollen nämlich ihre Abstimmung so berechnet haben, daß die Majorität für die Adresse nur drei Stimmen betragen wird. Hiermit wäre die Gefahr eines gewaltsamen Bruches nicht von ihnen heraufbeschworen, während die oppositionelle Majorität doch stark genug ist, der Wahrung des ungarischen Rechtes ein imposantes Ansehen zu geben. Da die östreichische Regierung hierauf aber die Beschickung des Reichsrathes beantragen, Ungarn dies jedoch ablehnen und das Parlament hierauf aufgelöst werden wird; so rechnet man entweder auf einen sofortigen Aufstand, oder auf eine wo möglich noch separatistischere Kammer, deren Wahl den Konflikt nur aufgeschoben hätte. Es soll nun in Turin aber die italienische Aktion für diesen Fall mit der ungarischen kombinirt werden, und es wird hier als ziemlich gewiß angenommen, daß Italien die Gelegenheit eines inneren Kampfes zwischen Oestreich und Ungarn nicht unbenutzt lassen wird. Diesen Moment sollen dann auch die Polen für ihre Zwecke wahrnehmen wollen. — Die radikalen französischen Journale sind jetzt selbst gezwungen, zu erklären, daß die von ihnen verbreitete Nachricht von aufgefangenen Kisten mit neugeprägtem Gelde von Franz II. unwahr ist. (Pr. Z.)

Italien.

Turin, 18. Mai. [Auffindung entwendeter Pretiosen; Beziehungen zur Schweiz; ein östreichischer Konsul.] In Florenz wurden in Folge einer Anzeige von der Behörde Nachsuchungen angestellt, welche zur Auffindung einer großen Menge werthvoller Objekte führten. Man erkannte sie als einen Theil derjenigen, welche vor mehreren Monaten aus dem florentinischen Museum entwendet wurden. So dürfte dieser unerwartete Fund zur Entdeckung der Thäter jenes bedeutenden Diebstahls führen, welcher zu seiner Zeit so viel Aufsehen machte, ohne daß man bisher irgend eine Spur der Schuldigen hätte auffinden können. — Die Beziehungen unserer Regierung zur Schweiz haben sich gebessert. Der Streit wegen der bischöflichen Güter im Kanton Tessin ist auf gutem Wege, freundschaftlich beigelegt zu werden, nachdem die schweizerische Bundesregierung sich mit dem Grundsatze einverstanden erklärte, daß dem Bischof von Como jene Güter zurückgestellt werden sollen, die im Laufe der Zeit mit bischöflichen Geldern angekauft wurden, wogegen diejenigen, welche ursprünglich tessinisches Eigenthum waren und durch Vermächtnisse oder sonstige unentgeltliche Rechtstitel dem Bisthum zugekommen sind, an den Kanton zurückfallen sollen. Auch zur Beendigung der langwierigen Grenzstreitigkeit zwischen den lombardischen Provinzen Como und Sondrio und den Kantonen Tessin und Graubündten sind Kommission ernannt, die in nächster Zeit mit Erhebung des Thatbestandes auf den streitigen Punkten vorzugehen haben werden. — Zu Ravenna hat die Entdeckung Aufsehen gemacht, daß der früher dort akkreditirte, mit dem päpstlichen Exequatur versehene östreichische Vizekonsul im Geheimen bei den unter östreichischer Flagge ankommenden Schiffen noch Konsularfunktionen ausübte und namentlich die betreffenden Gebühren bezog. Es besteht nämlich in Ravenna kein preußisches Konsulat, welchem die Wahrnehmung der östreichischen Interessen hätte übertragen werden können, und der ehemalige östreichische Vizekonsul scheint dies in seinem Privatinteresse benutzt zu haben, um Gebühren zu erheben, ohne daß eine Dazwischenkunft bei der Nichtanerkennung seiner Amtsthätigkeit den Betheiligten von Nutzen sein konnte. Diese scheinen sich jenen Forderungen unterzogen zu haben, aus Furcht bei ihrer Rückkehr nach Hause von den eigenen Behörden wegen ihrer Weigerung belästigt zu werden. (N. Z.)

Turin, 19. Mai. [Die Verwaltungsorganisation.] Minghetti's Gesetzentwürfe über die Verwaltungsorganisation des neuen Königreiches Italien haben zum Zwecke, den einzelnen Gebietstheilen möglichst ihre Eigenthümlichkeiten und autonomischen Abschluß zu wahren. Dieses „Regionalsystem“ aber hat vom ersten Tage an in der Presse und in der Abgeordnetenkammer Widerspruch gefunden; denn die Mehrzahl der Nation hat nicht bloß unionistische, sondern stark zentralistische Neigungen und ist auch in dieser Beziehung nicht cavouristisch gestimmt. Cavour indeß ließ seinem Kollegen freie Hand, und dieser hat denn auch wiederholt zu verstehen gegeben, daß er keineswegs sein Bleiben im Amte von der Annahme seiner Organisationen abhängig zu machen gedenke. Die „Monarchia Nazionale“ vom 20. Mai meldet nun, daß die Parlamentskommission, welcher die Prüfung der Gesetzentwürfe des Ministers des Innern übertragen wurde, sich in ihrer am 19. gehaltenen Sitzung, der 23 Mitglieder beiwohnten, zuerst mit Einstimmigkeit gegen das Prinzip der Verwaltungsregionen überhaupt und sodann mit 17 gegen 6 Stimmen gegen die Gubernialregierungen insbesondere ausgesprochen hat.

— [Kleine Notizen.] General Türr erklärt im „Popolo d'Italia“ Betreffs der Verhaftung des Obersten Gal, daß der Regierung nicht nur von mehreren Seiten schwere Anklagen gegen ihn zugekommen, sondern auch durch das von Kossuth präsidirte „ungarische Komité“ die Mittheilung gemacht worden sei, die Umtriebe des Obersten seien sowohl für die Sache Ungarns und Siebenbürgens, als für den Ruf der Ungarn schädlich. „Wir können aber nicht dulden“, schließt Türr, „daß einer unserer Mitbürger unsere Dankbarkeit in Undank gegen Italien verwandle.“ — Ein Dekret der Statthalterschaft von Neapel entsetzt alle Diejenigen, welche in den königlichen Schlössern angestellt [illegible]. Die groben Veruntreuungen, welche von einzelnen dieser Beamten während der verflossenen unruhigen Monate begangen wurden, sind die Ursache dieser strengen Maaßregel. — Aus Messina vom 20. Mai ist in Turin eine Depesche eingetroffen, wonach wider Vermuthen das Dekret wegen der Rekrutenaushebung, das am 20. auf Sicilien veröffentlicht wurde, mit Jubel aufgenommen war; in Messina zog das Volk durch die Straßen und rief: „Es lebe Italien! Es lebe die Truppenaushebung!“ — In Folge von Unordnungen, welche in der Nähe der Gemeinde Contessa auf der Insel Sicilien vorgefallen sind, hat der Statthalter, General della Rovere, die Nationalgarde jenes Bezirks auflösen und dieselbe so wie die ganze Bevölkerung entwaffnen lassen. Auch einige Gemeindebeamten wurden abgesetzt. — In Catanea fand kürzlich eine Demonstration statt, bei der ein Transparent mit der Inschrift: „Es lebe die sicilianische Unabhängigkeit unter englischem Schutz“ sich eines allgemeinen Beifalls erfreute. — Aus Florenz wird berichtet: „Am Sonntag, den 5., wüthete der tollste Sturm, der die ganze Apenninenkette mit Schnee bedeckte, in einem solchen Maaße, daß Posten und Vetturine stecken blieben; in dem sonnigen Arnothale empfindliche Kälte; in der Lombardei und Romagna Schnee; gemäß den aus dem Süden zu uns gelangenden Nachrichten dieselben Erscheinungen bis tief die Halbinsel hinab. In Livorno und Viareggio und die Küste entlang tobte ein heftiges Unwetter.

— [Frankreichs Politik in der italienischen Frage.] Die Anerkennung Italiens durch Frankreich zieht sich mehr und mehr in die Länge. Italien gewinnt dabei nur Eins: die Nation wird bis ins Herz hinein gegen Napoleon III. abgekühlt; dagegen geräth der Finanzminister durch diese Verschleppungs-Politik in die ärgste Verlegenheit, da Italiens Anerkennung durch Frankreich die unbedingte Forderung der Finanzmänner bei den Unterhandlungen über die neue Anleihe ist. Der Kaiser Napoleon scheint diese Verlegenheit möglichst ausbeuten zu wollen, um Cavour Bedingungen in der römischen Frage abzupressen, die dieser ohne neuen Bruch mit Garibaldi nicht eingehen zu können glaubt. Die Vorschläge des Tuilerienhofes gehen neuerdings dahin, Frankreich wolle Italien anerkennen, wenn dieses den Kirchenstaat in seiner dermaligen Gestalt anerkennen und schützen wolle; die päpstliche Regierung solle dann im Innern ihrem eigenen Schutze überlassen bleiben, Rom dagegen Abgeordnete ins italienische Parlament schicken. Diese Kombination ist so arglistig oder so unsinnig, daß das Turiner Kabinet niemals ernstlich an deren Verwirklichung gedacht und Cavour, dem Vernehmen nach, jetzt auf das Bestimmteste eine solche „Lösung“ abgelehnt hat. Wunderbarer Weise war mit dieser Nachricht am 17. in Turin die andere verbreitet, daß ganz gewiß bis Ende Mai schon die diplomatische Vertretung Frankreichs am Hofe des Königs von Italien amtlich hergestellt sein werde. So lange jedoch Thouvenel in Paris Minister des Auswärtigen ist, wird kein erfahrener Politiker glauben, daß der französische Wind achtundvierzig Stunden in derselben Richtung wehe. „Il Pungolo“, der bekanntlich in Mailand erscheint, bringt ein Telegramm aus Turin, 18. Mai, wonach die oben erwähnte römische „Lösung“ nicht bloß die Losung Frankreichs, sondern auch Englands gewesen wäre; doch wird auch in dieser Depesche gemeldet, die Verhandlungen über die drei Punkte 1) Abzug der Franzosen von Rom und aus dem römischen Gebiete, 2) Besetzung der Grenze durch italienische Truppen und Schutz im Innern Roms mittelst päpstlicher Soldaten, 3) Anerkennung des jetzigen päpstlichen Gebietes und Garantirung desselben gegen jeden Angriff von außen durch den König von Italien, seien abgebrochen worden. Derselben Depesche zufolge bestätigte es sich, daß Oestreich das Recht in Anspruch genommen habe, den Papst durch ein östreichisches Armeekorps zu schützen, sobald die Franzosen abziehen würden; Oestreich hätte demnach dem Kaiser Napoleon den großen Gefallen gethan, ihm einen plausiblen Grund zur Verlängerung seiner römischen Okkupation zu bieten.

— [Zirkularnote Antonelli's.] In Betreff der von der sardinischen Regierung dekretirten Aufhebung der Klöster und anderer geistlicher Korporationen in den Kirchenstaaten hat der Kardinal Antonelli an das diplomatische Korps in Rom folgendes Rundschreiben gerichtet:

„Die gewaltsame, von der piemontesischen Regierung in den größten Theil der Staaten des heiligen Stuhles unternommene Invasion hat einerseits den Charakter einer schreienden Verletzung der unbestreitbaren Rechte der weltlichen päpstlichen Souveränetät, andererseits trägt sie den Stempel einer Epoche, die durch das große, in ihr der Kirche zugefügte Unheil für dieselbe zu den unheilvollsten und betrübendsten gehört. Die Welt kennt die Geschichte der verschiedenen Feindseligkeiten, welche der Kirchenstaat von Seiten jener invasorischen Regierung zu erdulden gehabt hat, zur Genüge in Folge der häufigen öffentlichen Vorstellungen, die nicht nur vom heiligen Vater, sondern auch mit Einmüthigkeit von den geweihten, in den usurpirten Provinzen residirenden geistlichen Hirten ausgegangen sind. Zu den in diesen Vorstellungen behandelten traurigen Gegenständen gehört auch jenes Dekret, welches die Aufhebung der Klöster und anderer geistlicher Korporationen behufs der Aneignung der ihnen gehörigen Fonds beabsichtigt; es wird durch dasselbe der Beweis für eine vollständige Allianz mit den räuberischen Bestrebungen des revolutionären Geistes und außerdem eine Probe des monströsesten Widerspruches zu den Grundgesetzen gegeben, welche die Eindringlinge in den besagten Provinzen zur Anwendung bringen zu wollen vorgaben. Nachdem die Besitzungen der erwähnten Klöster und Korporationen in Folge der Gewaltthätigkeit, die despotischer Weise die Stelle fremden Rechtes eingenommen hatte, in die Macht der usurpatorischen Regierung gekommen waren, hat jene Verwaltung, die unter dem Deckmantel des Titels „der kirchlichen Kasse“ nach den Weisungen und Winken derselben Regierung zu Werke geht, dem Publikum vor Kurzem bekannt gegeben, daß sie die liegenden Güter, die dergestalt usurpirt worden waren, zu verkaufen gedenke; Kauflustige hätten sich hiernach zu richten. Gleichzeitig wurden die von den Käufern einzuhaltenden Modalitäten angegeben. Nachdem nun die Besitzungen der erwähnten religiösen Genossenschaften und Korporationen einen Theil des Erbgutes Petri ausmachen, so kommt der beabsichtigte Verkauf einer Beraubung des kirchlichen Eigenthums gleich. Wird nun die Natur der Sache von diesem allein wahren Standpunkte aus betrachtet, so wird sofort klar, daß nach Motiven der Gerechtigkeit und Rechtlichkeit auf einen solchen Kauf nie eingegangen werden kann, da man dabei Geschäftsverträge mit dem Usurpator über geraubtes fremdes Eigenthum abschließen müßte. Hierzu kommt noch die ganz besonders auf den vorliegenden Fall bezügliche Erwägung der bekanntesten kanonischen Gesetze, welche, indem sie die Integrität und Unverletzlichkeit des Erbgutes der Kirche schützen, mit eigens verfügten Rügen und anderen Strafen sowohl die Usurpatoren von Kirchengütern, als auch Diejenigen treffen, welche in was immer für einer Weise zur Usurpation die Hand bieten und an dem ungerechten und kirchenschänderischen Akt theilnehmen. Aber auch abgesehen von solchen Erwägungen, die nothgedrungen dem Gewissen jedes Katholiken und eines Jeden, der nach den unveränderlichen Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit fühlt, hochwichtig und höchst bedeutend erscheinen müssen, liegen zur allgemeinen Darnachachtung die solennen, vom heiligen Vater in der Konsistorialallokution vom 17. Dez. v. J. gesprochenen Worte vor, die durch die Presse zur Oeffentlichkeit gelangten und mit denen Se. Heiligkeit gegen das erwähnte unselige Dekret Klage führte und reklamirte und gleichzeitig auch rügte und für null und nichtig erklärte Alles, was die invasorische Regierung in Mißachtung der Rechte und des Erbgutes der Kirche und zum Schaden der geistlichen Genossenschaften bis dahin verfügt hatte und eventuell noch zu verfügen gedenken sollte. Aus dieser Erklärung ergiebt sich zur Genüge die Werthlosigkeit und absolute Nichtigkeit was immer für eines Ankaufes aus den Händen der ganz und gar inkompetenten und usurpatorischen Regierung. Der solenne päpstliche Akt würde in Folge seiner Autorität und der ihm zu Theil gewordenen Oeffentlichkeit an sich ein mehr als hinreichendes Dokument sein, um Jedermann, was immer für einem Lande oder was immer für einem Stande und Range er angehöre, vor dem ungesetzlichen Ankaufe von Gütern zu warnen, die aus dem erwähnten Raube herrühren. Nichtsdestoweniger und damit die Absicht besser erreicht und der Weg zu eventuellen Vorwänden und Rechtfertigungen namentlich etwaigen ausländischen Käufern derartiger geistlicher Güter abgeschnitten werde, hat der heilige Vater gewollt, daß diese Angelegenheit Gegenstand einer offiziellen Mittheilung an die verehrten Herren werde, aus denen das diplomatische, beim heiligen Stuhle akkreditirte Korps besteht; dieselben werden ersucht, die Aufmerksamkeit ihrer respektiven Regierungen auf diesen ernsten und schwierigen Gegenstand behufs der Schritte zu lenken, die ihnen ihrerseits geeignet erscheinen dürften, damit die obenerwähnte päpstliche Erklärung und die daraus hervorgehende Verwarnung in ihren Staaten zu weiterer und vollständigerer Bekanntwerdung gelange und so vorgebeugt werde, daß es nicht zu einem Vertrage bezüglich jener Güter komme, deren Ankauf aus den oben auseinandergesetzten Gründen sich als null und nichtig ergeben müßte. Zu diesem Behufe beeilt sich der unterzeichnete Kardinal-Staatssekretär, diese Note Ew. Exzellenz in Gemäßheit der ihm vom heiligen Vater gegebenen Befehle zu übermitteln; indem er Sie ersucht, bei Ihrer erlauchten Regierung von dieser Note den im Sinne des heiligen Vaters liegenden Gebrauch zu machen, benutzt er diesen Anlaß, um die besondere Hochachtung auszudrücken, mit der ꝛc. Antonelli.“

Turin, 22. Mai. [Petition der Römer.] Aus Rom wird vom gestrigen Tage gemeldet, daß daselbst eine mit 10,000 Unterschriften versehene Petition an den Kaiser Napoleon und den König Victor Emanuel ungeachtet der Seitens der Polizei dagegen ergriffenen Maaßregeln abgegangen, daß der veröffentlichte Inhalt derselben aber unrichtig sei. (Tel.)

Mailand, 22. Mai. [Manifestationen], die sich heute wiederholten, nahmen einen bedenklichen Charakter an. Nationalgarde und Truppen stellten die Ruhe her. Der Abend verlief ruhig. (Tel.)

Spanien.

Madrid, 21. Mai. [Die Annexion San Domingo's.] Die spanische Regierung hat die Erklärung abgegeben, sie werde die Sklaverei in San Domingo nicht wieder einführen. Dies stand zu erwarten; dagegen ist es immer noch nicht klar, ob die Erwerbung als spanische Provinz, mit gleichen Rechten wie die Provinzen im Mutterlande, oder als bloße Kolonie einverleibt werde. Die Westindier hatten jenes Recht beansprucht, die spanische Regierung sträubte sich jedoch entschieden dagegen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 15. Mai. [Die Bauernunruhen.] Ueber die bereits erwähnten Gerüchte von Bauernunruhen in verschiedenen Gouvernements dringen dunkle Gerüchte hierher. Man ist gespannt auf die amtlichen Anzeigen hiervon. Was gerüchtweise verlautet, bezieht sich in Kürze auf das Erscheinen eines zweiten falschen Demetrius in Kasan und namentlich im Kreise Spaß, der sich für den vom Adel wegen der Bauernbefreiung verfolgten Kaiser Alexander II. ausgiebt. Seine Anhänger aus 17 Dörfern hätten sich verschanzt und vertheidigen sich gegen die Truppen. 70 Mann wären beim ersten Angriff gefallen, die Bauern hatten den Kommandeur der Truppen, den Landrath und andere Beamte zu Gefangenen gemacht und Jesimowitsch, bekannt durch

seine Expedition gegen Unkowski und Europeus, ist dorthin geeilt, die Ruhe herzustellen. Die Bauern sollen über die zweijährige Uebergangsperiode empört sein, mögen nicht an das verlesene Manifest glauben und behaupten, es sei nicht mit dem Original übereinstimmend. Die Berichte der in die Provinzen entsandten General- und Flügeladjutanten sollen nicht erfreulich lauten. Gouverneur Olsufief hat berichtet, das Volk wollte nicht einmal glauben, er sei wirklich des Kaisers Adjutant, und sah sich genöthigt, seiner Autorität durch Truppen, Bayonnette und körperliche Züchtigung mit Ruthen, Ansehen und Glauben zu verschaffen. Auf den Gütern des General Olchin im Gouvernement Petersburg mußte Militär gegen die Bauern einschreiten. Im Gouvernement Pensa waren die Bauern im Kreise Tschembar auf den Gütern des Grafen Uwaroff aufgestanden. Zwei Bataillone hatten die paar tausend Bauern zu Paaren getrieben, welche die Beamten der Landpolizei Isprawnik und Stanowoj, einen Junker und mehrere Soldaten gefangen genommen hatten. — Nach einer anderen Variante aus Kasan sei unter den Roskoluiks ein falscher Prophet erschienen, der sich für den Kaiser Alexander II. ausgab. 10,000 Bauern, meist von den Staatsdomänen, seien aufgestanden. Der Gouverneur Kostaninoff und der General à la suite Apraxin rückten mit 12 Kompagnien gegen die Rebellen. Apraxin ließ unter sie feuern; 70 Mann fielen, und nachdem die Haufen sich zerstreut, blieb der Prophet auf den Knien liegen, über dem Haupte das neue Bauernstatut haltend. Im Gouvernement Perm herrscht große Bewegung unter den Fabrikbauern. — Im Kreise Odessa, 60 Werst von der Stadt Odessa, in den Besitzungen Korjakoffs, Kuris und Swietschin haben die Bauern sich geweigert, für den Herrn ferner zu arbeiten. Die Rebellen wurden durch die Behörden eines Besseren belehrt. Von Truppen umzwingelt, wurde aus ihrer Mitte ein Rädelsführer gezogen und hingestreckt, um mit Ruthen gepeitscht zu werden. Die ganzen Haufen warfen sich zu Boden und riefen: „Peitscht uns alle! er ist nicht schuldiger, als wir!“ Ihr Wunsch ging in Erfüllung, denn Swietschin ließ sie sämmtlich mit Ruthenstreichen von 30 bis 300 und 400 Hieben bestrafen und stellte die Ruhe wieder her. (B. H.)

Dänemark.

Kopenhagen, 19. Mai. [Erwiderung des Konseilspräsidenten auf die Reichstagsadresse.] Die mit besonderer Spannung erwartete Auslassung des Konseilspräsidenten über die gegenwärtige politische Lage ist nunmehr in der Form einer Erwiderung auf die bekannte Reichstagsadresse erfolgt (s. Nr. 115). Diese Adresse, die mit Ausnahme von Andrä, Tillisch und noch einigen wenigen prononzirten „Gesammtstaatsmännern“ fast von sämmtlichen Mitgliedern des Lands- wie des Folkethings unterzeichnet worden ist, hat nunmehr, nachdem sie etwa vier Monate im Umlauf gewesen, noch circa 71,000 Unterschriften erhalten, und ist von einer Deputation, deren Wortführer Prof. Madvig war, dem Konseilspräsidenten übergeben worden. Madvig hob in seiner Ansprache hervor, daß die Mitglieder des Reichstags das Bedürfniß empfunden hätten, sich über die jetzige gefahrdrohende Stellung der Regierung gegenüber auszusprechen, daß sie aber hierbei Alles, was wie Parteianschauung betrachtet werden könnte, vermieden, und bloß das, womit jeder dänische Mann sich wohl werde einverstanden erklären können, ausgesprochen hätten. Die große Zahl von Unterschriften, welche die Adresse seitdem erhalten, beweise, daß man in Wahrheit in derselben die Gesinnung des dänischen Volks sehen müsse. Der Konseilspräsident verlas hierauf folgende Erwiderung: „Die Regierung muß der Adresse, welche ihr heute übergeben wird, nachdem dieselbe ringsum im Lande einen so außerordentlich großen Anschluß gefunden, eine sehr große Bedeutung beilegen. Sie thut dies mit um so größerer Befriedigung, als sie im Wesentlichen die in derselben ausgesprochenen Anschauungen theilt, und dabei die Ueberzeugung hat, daß die Schritte, die in den letzten vier Monaten vorgenommen worden sind, mit dem Grundgedanken, aus welchem die Adresse hervorgegangen ist, in vollkommener Uebereinstimmung gewesen sind. Es ist bekannt, daß es durch diese Schritte nicht geglückt ist, das beabsichtigte Ziel zu erreichen; die Regierung begreift vollständig, daß das Bedürfniß gefühlt wird, in einer ernsten und gefahrvollen Zeit über die politische Stellung des Landes Klarheit zu erlangen, und sie selbst sieht mit Sehnsucht dem Zeitpunkt entgegen, wo sie hierüber, ohne den Interessen des Landes dadurch zu schaden, daß sie dem Gange noch schwebender Verhandlungen vorgreift, eine vollständige Auslassung wird geben können. Doch glaube ich bereits bei der gegenwärtigen Gelegenheit es als die Ueberzeugung der Regierung aussprechen zu können und zu dürfen, daß es von dringender Wichtigkeit ist, daß die so lange anstehende Streitfrage jetzt ihre Erledigung finde, und daß eine solche nach der durch so viele mühsame, aber fruchtlose Bestrebungen gewonnenen Erfahrung nur dadurch wird erreicht werden können, daß dem Herzogthum Holstein eine solche selbständigere Stellung gegeben wird, daß Se. Majestät der König, ohne einen Eingriff in die verfassungsmäßige Ordnung und Regierung derjenigen Landestheile zu gestatten, die in keinem Verhältnisse zum deutschen Bunde stehen, im Stande ist, die Forderungen zu erfüllen, die an ihn als Herzog von Holstein gestellt werden, und auf welche Allerhöchstdieselben, selbst wenn sie als im deutschen Bundesvertrag nicht begründet erachtet werden sollten, aus Rücksicht auf die ganze politische Sachlage, eingehen zu dürfen glauben. Ich kann hinzufügen, daß die befreundeten Mächte die von unserer Seite zu wiederholten Malen, und zuletzt im vergangenen Märzmonat, zur friedlichen Ausgleichung des Streits gethanen Schritte anerkannt haben. Wie dieselben stets ein lebhaftes Interesse für Dänemark gezeigt haben, so geht auch aus ihrem jüngsten Auftreten hervor, daß sie die Gefahr erkennen, welche daraus, daß die deutsch-dänische Frage unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unentschieden hinstehen bleibt, erwächst, und es ist zu hoffen, daß sie in ihren Bestrebungen sich den Anschauungen der Regierung in Betreff des Weges, auf welchem nur eine wirkliche Lösung des Streits allein erwartet werden kann, anschließen werden. Obwohl die Regierung es für ihre Pflicht hat ansehen müssen, eine solche Entwickelung unseres ganzen Vertheidigungswesens vorzubereiten, daß, im Fall ein Kampf wieder ausbrechen sollte, ein kräftiger Widerstand wird geleistet werden können, so hat sie doch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß es glücken werde, auf friedlichem Wege den Streit beigelegt, und somit das gute Verhältniß zwischen Dänemark und Deutschland wiederhergestellt zu sehen, welches für beide so natürlich und wünschenswerth ist.“ Eine Abschrift dieser Erwiderung übergab der Konseilspräsident Herrn Advig behufs Veröffentlichung derselben. Im Publikum findet man die Aeußerungen des Konseilspräsidenten überaus friedlich lautend. (Pr. Z.)

Kopenhagen, 20. Mai. [Anwerbung fremder Seeleute.] Die „Departements-Tidende“ enthält ein provisorisches Gesetz, betreffend Veränderung des Gesetzes vom 13. September 1855 über die Gestattung der Anwerbung fremder Seeleute von Seiten dänischer Schiffskapitäne. Bisher mußte nämlich die Hälfte der Schiffsmannschaft auf dänischen Schiffen, welche an irgend einer Stelle des Königreichs ausgerüstet werden, aus Personen bestehen, die in der dänischen Monarchie zu Hause gehören. Diese Einschränkung ist jetzt bis auf Weiteres aufgehoben und als Motiv dazu werden „die jetzigen Verhältnisse“ angegeben, welche bei der Besetzung dänischer Schiffe mit der nöthigen Mannschaft Schwierigkeiten herbeiführen könnten. (N. Z.)

Amerika.

Newyork, 8. Mai. [Zur Krisis.] Im Kongreß zu Montgomery ist eine Bill durchgegangen, laut welcher der Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber das Vorhandensein des Kriegszustandes anerkannt wird. Die amtliche Korrespondenz des Staatssekretärs Seward mit dem Gesandten der Vereinigten Staaten zu Paris ist veröffentlicht worden; Seward hat dem Gesandten aufgetragen, die französische Regierung davon in Kenntniß zu setzen daß die Bundesregierung niemals in eine Auflösung der Union willigen werde. Als Antwort auf Anfragen hiesiger Kaufleute hat Seward telegraphisch erklärt, es dürfe kein fremdes Schiff in Norfolk (Virginien) Baumwolle nach einem fremden Hafen in Ladung nehmen.

— [Südamerikanische Zustände.] Obgleich selbst mitten in der unheilvollen Krisis befangen, richten sich doch auch die Blicke nach den südamerikanischen Republiken und finden, daß dort die Elemente der Revolutionen und Bürgerkriege fortwährend in Bewegung sind, kaum zeitweise unterdrückt, gleich vulkanischen Flammen immer wieder hervorbrechen. Gegenwärtig herrscht äußerlich scheinbar Ruhe in Venezuela, auch wohl Peru, Bolivia und Ecuador. Aber in Neu-Granada, wo der Aufruhr tobt, hat ein Rebellenführer, Pedrosi, die Stadt Buenaventura mit einer Horde überfallen und die Regierungstruppen, welche diese Hafenstadt besetzten, vertrieben, oder, wie auch berichtet wird, zum größten Theile vernichtet. Man sagt auch, der Staat Panama wolle seine Unabhängigkeit von Neu-Granada erklären und sollen bereits Abstimmungen des Volkes hierüber stattgefunden haben. Es ist fraglich, ob die Regierung die Losreißung zu verhindern die Macht haben wird. (Pr. Z.)

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 23. Mai. [55. Sitzung.] Der Präsident theilt mit, daß in Folge einer Aufforderung des Finanzministers die Zentralkommission, welche nach §. 10 des Entwurfes, betr. die Ermittelung des Reinertrages vom Grundbesitze, gebildet werden soll, nunmehr zusammenzutreten habe und auch ein Mitglied des Abgeordnetenhauses aus jeder Provinz zuziehen werde. Die Wahl der Mitglieder wird nach einem vom Präsidenten gemachten Vorschlage vorgenommen werden. — Es wird hierauf zum ersten Gegenstand der Tagesordnung übergegangen, den Bericht über den Antrag des Abg. André und Genossen, betreffend die Annahme der [illegible] für die Provinz Westfalen und für die Rheinprovinz. Nach einer Debatte, an welcher sich die Abgg. Waldeck, v. Bardeleben, Delius, v. Vincke ꝛc. und Graf Schwerin betheiligen, wird der Antrag des Abg. v. Bardeleben, den Entwurf der Regierung als Material zur Berücksichtigung zu überweisen, angenommen. — Als zweiter Gegenstand der Tagesordnung folgt der Bericht über den Antrag des Abg. v. Bentkowski (s. Nr. 114). Der Abg. v. Bentkowski spricht vor ziemlich leeren Bänken; er dringt auf den den Grundgesetzen entsprechenden Gebrauch der polnischen Sprache. Es stelle in dieser Beziehung sich heraus, daß Gesetze und Verordnungen, welche die Provinz Posen betreffen, je mehr sie dem Jahre 1815 fern liegen, auch um so mehr von den Grundbestimmungen dieses Jahres sich entfernten. Der Redner führt eine Menge einzelner Fälle an, in denen polnische Einwohner in der Provinz Posen im Gebrauche ihrer Sprache ungesetzlich behindert worden seien. Er behauptet, für viele dieser Fälle nicht nur die Gesetzlosigkeit, sondern die reine Willkür in dem Verfahren der Behörden nachweisen zu können. Er begreife nicht, wie man sich so verhalten und doch behaupten könne, daß man alle Gesetze seit 1815, betreffend die polnischen Bewohner Posens, streng beobachtet habe. Auf solchem Wege sei man zu einem Minimum der Zugeständnisse gelangt, das man so wenig jetzt respektire, wie das früher gewährte Umfangreichere.

Der Justizminister v. **Bernuth**: Der Vorredner hat der Regierung aufs Neue Vorwürfe über ihr Verhalten gegen die Bewohner Posens gemacht, wie solche schon öfter gehört worden sind. Darüber kann man hinweggehen. Er hat auch viele Einzelheiten angeführt, über welche hier abzuurtheilen zu schwierig sein dürfte. Wenn aber zugegeben werden kann, daß in einzelnen Fällen von richterlichen und Administrativ-Beamten gefehlt worden ist, so muß doch eine Tendenz, die maaßgebend gewesen sein soll, entschieden zurückgewiesen werden. Daß nicht der polnischen Einwohnerzahl entsprechend polnische Rechtsanwalte angestellt worden sind, hat lediglich in dem Mangel an dergleichen Rechtsanwalten seinen Grund gehabt. Möge sich der Antragsteller beruhigen; die Regierung wird konstatirten Uebelständen abhelfen und für durchaus gesetzliches Verhalten der Behörden die ernsteste Sorge tragen. Aber die Regierung giebt sich auch der Hoffnung hin, daß man andererseits endlich aufhören werde, mit unmotivirten Klagen hervorzutreten und dadurch nutzlose Aufregung hervorzurufen. (Bravo!) — Abg. v. **Bonin** weist für mehrere Fälle nach, daß Klagen und Beschwerden über ungesetzliches Verhalten der Behörden gegen polnische Bewohner der Provinz Posen durchaus unbegründet waren, und betont es, daß während seiner Verwaltung der Provinz nur gesetzlich, nicht aber politisch tendenziös verfahren werde. Der Vorwurf des Germanisirens treffe nicht die Gegenwart, sondern müsse auf das 13. Jahrhundert bezogen werden, in welchem ein polnischer König deutschen Kolonisten den Raum zur Bebauung angewiesen, wo jetzt Posen stehe, und ihnen auch das Magdeburgische Recht verlieh. Der Redner giebt dann statistische Nachweise, nach welchen von 6000 ländlichen Ortschaften 730 nur deutsche, 1410 nur polnische und 3860 gemischte Einwohnerschaft haben, während von den 1,411,000 Einwohnern 427,882 nur deutsch, 657,509 nur polnisch und 325,609 deutsch und polnisch reden. In 27 Kreisen befinden sich 17 Landräthe 21 Kreissekretäre und 20 Kreiskassenrendanten, welche polnisch sprechen, und ebenso von 120 Distriktskommissarien deren 106. Es kann sonach der Regierung nicht der Vorwurf tendenziösen Germanisirens gemacht werden; aber daß die Provinz Posen gut preußisch gesinnt werde und bleibe, dahin wirken die Behörden, dahin werden sie auch ferner wirken, und in der That zeigt der bei Weitem größere Theil der Einwohnerschaft sich als gute Preußen. Das Haus möge daher den Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung mit der gleichzeitig ausgesprochenen Erwartung annehmen. (Bravo!) — Abg. v. **Niegolewski** wiederholt wesentlich, was schon oft von den polnischen Abgeordneten angeführt worden und betont nur ganz besonders, daß er und seine Landsleute nichts erbetteln oder auch nur erbitten werden, daß sie keine Gnade, kein Erbarmen, sondern lediglich und nur ihr Recht fordern. Aber dieses Recht werden sie immer wieder fordern und daher auch immer wieder Anträge stellen, welche auf die Befriedigung ihres Rechtes hinausgehen. (Der Redner spricht schließlich in so großer Aufregung, daß er fast unverständlich wird und unter großer Unruhe im Hause die Tribüne verläßt.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen, worauf noch Abg. v. **Bentkowski** als Antragsteller spricht, die Aufmerksamkeit des Hauses aber nicht mehr zu fesseln vermag, obgleich er noch neue Fälle von vermeintlicher Beeinträchtigung anführt. — Ihm folgt der Berichterstatter Abg. **Tamnau**: Gewöhnlich liegt die Schuld der Klagen und Beschwerden, die von Polen über Verletzung der zu ihren Gunsten erlassenen Gesetze erhoben werden, entweder in wirklich vorhandenen oder in einem fingirten Mißverständniß jener gesetzlichen Bestimmungen, besonders des Gesetzes vom 9. Februar 1817. Mit der Annahme des Kommissionsantrages geht das Haus weiter als nach allen Seiten hin gerechtfertigt erscheinen könnte, aber der Wunsch, Agitationen ein Ende zu machen, welche den Antragstellern und ihren Landsleuten am meisten schaden, motivirt genügend den Vorschlag der Kommission. Die Provinz Posen ist eine preußische Provinz und es ist zu hoffen und zu erwarten, daß sie je länger je mehr durch und durch preußisch wird und zwar ohne gesetzliche Bestimmungen zu verletzen. (Bravo!) — Der Abg. Graf **Cieszkowski** verlangt das Wort zur Geschäftsordnung, geht aber in seinen Aeußerungen auf die Petition, welche in demselben Berichte erwähnt ist, über, worauf ihm der Präsident mit dem Bemerken ins Wort fällt, daß die Diskussion sich nur auf den Antrag, nicht aber auf die Petition erstreckt habe. Bei der Abstimmung wird der Kommissionsvorschlag: „über den Antrag der Abgg. v. Bentkowski und Genossen zur Tagesordnung überzugehen, zugleich aber die Erwartung auszusprechen, daß die königl. Regierung die bestehenden Vorschriften über den Gebrauch der deutschen und polnischen Sprache bei den Verhandlungen der Verwaltungsbehörden und bei der Justizverwaltung in der Provinz Posen einer Revision unterziehen und eine legislatorische Feststellung derselben herbeiführen werde,“ mit großer Majorität angenommen. Eine Petition des Propstes Trepinski, welche denselben Gegenstand betrifft, wird ohne Diskussion durch den obigen Beschluß für erledigt erachtet. Nächste Sitzung morgen.

— Die Budgetkommission berichtet über den **Marineetat**: Es wird gerügt, daß auch dieses Jahr der von der Regierung voriges Jahr bestimmt in Aussicht gestellte detaillirte Gründungsplan nicht vorgelegt worden ist; auf ein deshalb an den Kriegsminister, als provisorischen Chef, gerichtetes Schreiben erklärte derselbe den Verzug durch die Reorganisation der Admiralität, mit welcher eine Personalveränderung in der obersten Leitung verbunden war, von welcher der Abschluß des Planes abhängig war. Alle Ausführungen in den Jahren 1860 und 1861 können sich dem Plane vollständig einfügen. Die Kommission fand diese Erklärung keineswegs befriedigend; späterhin erklärte der Regierungskommissarius, daß der jetzt aufgestellte Plan von dem früheren wesentlich abweiche, daß die Regierung vorläufig auf den Bau kleinerer Schiffe ein höheres Gewicht lege, daß sie den Bau der beiden Korvetten „Hertha“ und „Vineta“ langsamer zu betreiben, dafür aber zwei kleinere Korvetten zu 17 Kanonen und vier größere Dampfkanonenböte mit je drei Kanonen zu bauen beabsichtige. Damit war die Kommission einverstanden. Augenblicklich besteht die Marine aus zwei Segelfregatten, einer Segelkorvette, einer Segelbrigg, einem Segeltransportschiff, zwei Schraubenkorvetten, einem Raddampfaviso, einem Schraubenaviso, vier Schraubenkanonenböten (drei Kanonen) à 80 Pferdekraft, 13 desgleichen à 60 Pferdekraft (zwei Kanonen), 36 Ruderkanonenböten à zwei Kanonen, vier Ruderkanonenjollen à eine Kanone = 68 Fahrzeugen mit 291 Kanonen zu 2300 Pferdekraft; im Bau zwei Korvetten zu 28 Kanonen (400 Pferdekraft); ferner Barbarossa, Kasernenschiff, die „Danzig“ mit 12 Kanonen (400 Pferdekraft). (Die „Frauenlob“ ist in diesem Berichte nicht mehr genannt.) Für die eigentliche Kriegführung auf offener See sind zwei Fregatten und zwei Korvetten mit 142 Geschützen disponibel zum Schutze der Häfen u. s. w., vier kleinere Schiffe mit 25 Geschützen, 55 Kanonenböte, vier Jollen. Nach neunjähriger Arbeit lassen solche Resultate viel zu wünschen übrig; die Kommission begründet ihr Verlangen nach einem Plan, um daraus ersehen zu können, welchen Zweck man mit einer preußischen Seemacht erreichen will und danach die zu gewährenden Mittel zu bemessen. Es wird die Vermehrung der Seeoffiziere und mehr Uebung für die Schiffsjungen, sowie die Verlegung des Seekadetteninstituts von Berlin nach einem Seehafen verlangt.

Aus polnischen Zeitungen.

Welche Bedeutung die polnische Agitationspartei der bulgarischen Union beilegt und welche Hoffnungen sie auf dieselbe setzt, zeigt ein Artikel der Zeitschrift „Prawda“ (3. Heft, bei Ed. Bock in Berlin), dessen wesentlicher Inhalt folgender ist: Die Union der Bulgaren mit Rom ist nächst den Warschauer Vorgängen das wichtigste Ereigniß für Polen. Dieselbe Bedeutung, welche diese für die innere Entwickelung Polens haben, hat jene für die äußere. Mit der bulgarischen Union beginnt die normale Entwickelung der slavischen Sache, die mit der polnischen identisch ist. Bisher blickten die Slaven der Türkei auf das russische Czarenthum als ihren Beschützer und künftigen Erretter. Durch ihre Union mit Rom haben die Bulgaren bewiesen, daß sie ihre Hoffnung nicht mehr auf das Czarenthum setzen, sich vielmehr von demselben entschieden abwenden. Diese Stimmung ist bei den übrigen Slaven der Türkei und selbst Oestreichs vorherrschend. Deshalb ist aber nicht zu befürchten, daß die Slaven sich dem europäischen Westen in die Arme werfen werden. Dem sind sie durch ihren Nationalcharakter und durch ihre eigenthümliche Bildung zu sehr entfremdet. Auch die auf die Erhaltung der Türkei gerichtete Politik desselben stößt sie zurück. Sie werden vielmehr durch ihren natürlichen Entwickelungsgang dahin gebracht werden, sich inniger an Polen anzuschließen und dessen Führerschaft sich unterzuordnen. Schon jetzt sind sie dem polnischen Einfluß außerordentlich zugänglich. Ein Beweis dafür ist außer vielen anderen die bulgarische Union, die hauptsächlich das Werk polnischer Emigranten ist. Dieser Einfluß muß immer weiter ausgedehnt werden, bis Polen das vollständige Uebergewicht über die Slaven gewonnen hat, auf dem nicht bloß seine Hoffnung, sondern seine sichere Rechnung beruht. Der europäische Westen wird Polen schwerlich zu seiner Unabhängigkeit verhelfen. Diese Ueberzeugung ist in der Emigration ziemlich allgemein. Aber auch die Ueberzeugung, daß die Slaven die natürlichen Bundesgenossen Polens sind, mit deren Hülfe es seine und ihre Freiheit erringen kann, bricht sich immer mehr Bahn. Die Ausbreitung und Befestigung des polnischen Einflusses unter den Slaven muß vorzugsweise Sache der Emigration sein. Dadurch kann sie dem Vaterlande sehr wesentliche Dienste leisten, während ihre Führerschaft in den inneren Angelegenheiten des Landes nicht mehr zeitgemäß und daher schädlich ist. Auf diese Führerschaft muß die Emigration Verzicht leisten. Die Emigration hat der polnischen Sache unter den Slaven dadurch geschadet, daß sie im Krimmkriege für die Türkei Partei nahm und für deren Erhaltung kämpfte. Die Zertrümmerung der Türkei ist der sehnlichste Wunsch der ihrem Scepter unterworfenen Slaven und muß daher die Losung der Polen sein. „Erst wenn wir einsehen werden, schließt der Verfasser, daß wir thätigen Antheil an der slavischen Bewegung nehmen müssen, weil wir berufen sind, an der Spitze der Slaven zu stehen und daß auf der Erfüllung dieses Berufs unsere heutige Befreiung, und unsere ganze Zukunft beruht: dann werden wir begreifen, daß die Befreiung der Slaven vom türkischen Joch unser dringendstes Interesse und ihre Knechtschaft das Haupthinderniß der allgemeinen Völkerfreiheit ist.“ (B. W.)

Lokales und Provinzielles.

V **Posen**, 24. Mai. [Die 2. Schwurgerichtssitzung] unter dem Vorsitze des Kr. Ger. Direktors Kolbenach aus Kosten hat gestern begonnen. Von den zur Verhandlung gelangenden Sachen heben wir folgende hervor: am 24. Mai eine Anklage wegen Meineides gegen den Einlieger Franz Wąsowicz; am 25. und 31. Mai: zwei Anklagen wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit gegen den Tagelöhner Wilhelm Sydow und gegen den Knecht Johann Zimmer; am 27. Mai eine Anklage wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange gegen den Fornal Anton Stachowiak; am 28. Mai eine Anklage wegen Raubes gegen den Tagelöhner Thomas Grzeczynski. Die übrigen Sachen betreffen meist Diebstahl und Hehlerei.

R **Posen**, 24. Mai. [Kreutzberg's zoologische Gallerie] gehörte schon vor Jahren zu den bedeutendsten Menagerien, sowohl was die Zahl und die interessante Auswahl, als die Schönheit und Dressur der Exemplare anlangt. Der Besitzer ist, trotz so mancher empfindlichen Verluste, die ihn hier und da getroffen, unabläßig für die Kompletirung und Erweiterung seiner Sammlung bemüht gewesen, und er dürfte jetzt keinen Rivalen haben. Wie lehrreich und interessant für jeden Freund der lebendigen Natur das Anschauen einer solchen Sammlung seltener Thiere sei, namentlich auch für Schulen ꝛc., bedarf unsrer besonderen Hinweisung nicht. Es läßt sich daher auch hier wohl ein zahlreicher Besuch

(Fortsetzung in der Beilage.)

der Menagerie, die auf dem Platze an der kleinen Ritterstraße aufgestellt ist, erwarten, und wollen wir dabei das Publikum nur vor Unvorsichtigkeit oder Verwegenheit den Thieren gegenüber warnen. Ueberflüssig dürfte die Warnung nach so manchen traurigen Erfahrungen wohl nicht sein. Morgen Nachmittags 5 Uhr wird die Menagerie dem Publikum eröffnet, und werden dabei jedenfalls auch Proben von der Dressur der Thiere gegeben werden, in welcher der Besitzer seit langen Jahren schon ein anerkannter und unübertroffener Meister ist.

Neustadt b. P., 23. Mai. [Markt; Gaunerei; Unglücksfall.] Der vorgestrige Pferde- und Viehmarkt war mit Pferden jeder Gattung, indeß nicht sehr zahlreich besetzt, und es kamen nur wenig Verkäufe zum Abschluß. Man zahlte für Luxuspferde 90—130 Thlr., Ackerpferde 75—100 Thlr. und Bauernpferde 30 - 50 Thlr. Noch weniger war Hornvieh aufgetrieben und Kernwaare fehlte gänzlich. Auch hier stockte der Handel. Es wurde bezahlt für Ochsen 40—60 Thlr., für Kühe 20—25, auch 32 Thlr., Jungvieh 12—20 Thlr. Sehr gering waren die Zufuhren auf dem Getreidemarkt, und deshalb wurde derselbe bald geräumt; der Scheffel Roggen galt $1\frac{2}{3}$ – $1\frac{3}{4}$ Thlr., Hafer $27\frac{1}{2}$ Sgr., Gerste $1\frac{7}{12}$—$1\frac{2}{3}$ Thlr., Buchweizen $1\frac{1}{3}$ Thlr., Erbsen 2 Thlr., Kartoffeln 15 Sgr.—Vor einiger Zeit begab sich der hiesiger Sattlermeister K. nach der Tompsler Umgegend und gab vor, daß er mehrere tausend Schock Hopfenstangen akquirirt habe, die er zu billigen Preisen abgeben könne. Die Hopfenstangen, welche sich in der Gegend von Birnbaum befinden sollten, wurden gern gekauft, und ein nicht unbedeutendes Angeld gezahlt. Die Ablieferung sollte erst nach längerer Frist erfolgen. So hatte sich K. in Besitz mehrerer hundert Thaler gesetzt und benutzte die Zwischenzeit, seine Habe zu veräußern, um mit Frau und Kindern nach Rußland auszuwandern. Der Betrug wurde jedoch noch rechtzeitig ruchbar, und, wie ich höre, soll es gelungen sein, den K. auf seiner Wanderschaft anhalten zu lassen. — Am zweiten Pfingstfeiertage, dem Beginn des Schützenfestes in Tirschtiegel, lief ein 14jähriger Knabe nach der Stechscheibe zu, als eine Kugel von Letzterer abprallte und ihm in den Arm fuhr. Es soll indeß gelungen sein, die Kugel aus dem Arme zu schneiden.

ξ Bromberg, 23. Mai. [Kreistag; Vergnügungen; zur Warnung.] Auf dem hier in voriger Woche stattgehabten Kreistage nahm die Versammlung unter Anderem von der Verfügung der k. Regierung vom 1. Februar c. und dem vorausgegangenen Schriftwechsel nähere Kenntniß. Sie sprach sich dahin aus, daß die Separat-Vertheilung der Kosten für die Urwahlen und die Wahl der Wahlmänner auf die einzelnen Urwahlbezirke und Gemeinden zu kleinlich und mit unverhältnißmäßiger Arbeit und Belästigung verknüpft sein würde, und beschloß, in Zukunft die Kosten für die Urwahlen und die Wahlen der Wahlmänner aus dem Kreiskommunalfonds ad Tit. XIV. zu entnehmen und bei der nächsten Etatsaufstellung den betr. Ausgabetitel entsprechend zu erhöhen. In dankbarer Erinnerung an die vielen Wohlthaten, die Friedrich d. Gr. ganz besonders dem hiesigen Kreise hat angedeihen lassen, hält sich der Kreistag in Folge des Gesuchs des Zentralkomités für verpflichtet, seinen Sympathien dadurch einen Ausdruck zu geben, daß er für das beabsichtigte Standbild an hiesigem Orte die Summe von 50 Thlrn. aus Kreiskommunalfonds bewilligt, zugleich mit dem Bedauern, daß die anderweitige große Belastung des Etats der Kreiskorporation eine wirksamere Betheiligung nicht gestattet. Die Abtretung der bereits seit mehreren Jahren in Hebung befindlichen Kreischausseen Bromberg-Poln. Krone und Bromberg-Fordon an die Provinz als Provinzialchausseen wurde beschlossen. Bei der Poln. Kroner Chaussee betrug die Einnahme für den Zeitraum von 1855—1860 in Summa 9565 Thlr., die Ausgabe: 9087 Thlr., mithin die Mehreinnahme: 478 Thlr.; bei der Fordoner Chaussee betrug die Einnahme für die Jahre 1857—1860 in Summa 3357 Thlr., die Ausgabe: 2849 Thlr., mithin die Mehreinnahme: 508 Thlr. — An Vergnügungen hat es unserem Publikum während der Pfingstfeiertage nicht gefehlt, wenn nur nicht die Witterung so überaus kalt und unfreundlich gewesen wäre. Die Morgenpromenaden fanden nur sehr vereinzelt statt; aus den annonzirten Frühkonzerten an den Schleusen ist darum auch nichts geworden. Nachmittags war die Kreutzberg'sche Menagerie, das Konzert der Prahl'schen Kapelle in Okollo und der Circus Hinné gut besucht; dasselbe gilt von dem Schützenplatze und des Abends von dem hier am Sonntage eröffneten Sommertheater des Dir. Gehrmann. Des unfreundlichen Wetters wegen wurde im Saale gespielt, der besonders den zweiten Feiertag, als „Therese Krones" gegeben wurde, dermaßen besucht war, daß viele Personen zurückgewiesen werden mußten. — Heute Vormittags hatte ein Soldat der 9. Comp. 14. Inf. Regts. auf dem Schießstande im nahen Rinkauer Walde das Unglück, einen seiner Kameraden durch Unvorsichtigkeit zu erschießen.

Angekommene Fremde.

Vom 23. Mai.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer Pauly aus Karlshof, Maas aus Lulin und v. Zóchowski nebst Frau aus Konino, Frau Gutsb. Budzyńska aus Kleryka, Apotheker Krüger, Posthalter Bisolt und Arzt Rilke aus Stenszewo, die Rittergutsb. Hoffmeyer aus Złotniki, Hoffmeyer aus Dorf Schwersenz und Kaskel aus Trzcielino, Landwirth Lehmann aus Garby, Gutspächter Bräuer aus Pawłowice, die Kaufleute Regenberg aus Magdeburg und Maler aus Merseburg.

HOTEL DE PARIS. Frau Gutsb. Markiewicz aus Niemczynek, Gutsb. v. Karczewski aus Wyszakowo, Eigenthümer Małecki aus Łopienno, Gutspächter Bolewski und Agent Müller aus Gollancz.

BAZAR. Probst Stock aus Schneidemühl, Rentier Bukowski aus Ruchocinek, die Gutsb. Frauen Gräfin Skórzewska aus Kl. Jeziory, v. Paliszewska aus Gembic, Czecińska aus Olszyna und v. Malczewska aus Kruchowo, die Gutsb. Graf Mielżyński aus Kotowo, v. Błociszewski aus Przecław, v. Krasicki aus Karsewo, v. Trąmpczyński aus Polen und v. Kowalski aus Wysoka.

DREI LILIEN. Stromaufseher Hoffmann aus Obornik, Partikulier Waldowski und Fräulein Majewska aus Pleschen.

PRIVAT-LOGIS. Major zur Disposition Crüger aus Königsberg i. Pr., Magazinstraße Nr. 4.

Vom 24. Mai.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Frau Rechtsanwalt Paasch aus Wreschen, Fräulein Grunwald aus Kempen, die Kaufleute Kühne aus Breslau, Windbach aus Glogau, Moritz und Menzel aus Berlin.

SCHWARZER ADLER. Gutsb. v. Biernacki aus Biechowo, Wirthsch. Schreiber Brychczyński und Frau Grzesiewicz aus Schroda.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Kaufmann Thönemann aus Stettin, die Gutsbesitzer Graf Dąbski aus Kołaczkowo, Graf Mycielski aus Dembno, Graf Grabowski aus Radownitz und v. Urbanowski aus Kowalskie.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Gutsb. Graf Czarnecki aus Rakwitz und Hildebrand aus Sliwno, die Kaufleute v. Frankhen aus Mainz, Jägel aus Glauchau, Salomon aus Berlin, Baltzer aus Frankfurt und Schneider aus Meerane.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Bon aus Mühlhausen, Walter aus Dresden, Fränkel aus Berlin und Schaumberg aus Stettin.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsb. v. Koszutski aus Jankowo, v. Moszczeński aus Jeziorki und v. Zakrzewski aus Baranowo, Generalbevollmächtigter v. Siodmiogrodzki aus Neudorf und Eisenbahn-Ingenieur Wiśniowski aus Kutno.

HOTEL DE BERLIN. Hauptmann a. D. v. Zitzwitz aus Stolp, die Gutsb. Frauen v. Trąmpczyńska aus Grzybowo und v. Broniß aus Otoczna, Oberinspektor Schödler aus Działyń, Rentier Regel aus Gnesen und Kaufmann Baumgardt aus Leipzig.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsb. v. Czapski aus Chwałencin, v. Okulicz aus Potarzyce und v. Szeliski aus Orzeszkowo, Frau Gutsb. v. Borkowska aus Chromiec, Wirthsch. Beamter Götz aus Mikuszewo, die Pröbste Kukliński aus Głuchowo und Weigt aus Potulice.

BAZAR. Probst Jarzichowski aus Pogorzella, Frau Gutsb. v. Rekowska aus Koszuty, die Gutsbesitzer Graf Miączyński aus Pawłowo, Graf Mycielski aus Chociszewice, Gebrüder v. Łaszczyński aus Grabowo, v. Otocki aus Pietrzykowo, v. Kisielnacki aus Polen und v. Radoński aus Kociałkowagórka.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Die auf 352 Thlr. 10 Sgr. 3 Pf. veranschlagte Anfertigung von 10 Bretterverschlägen in dem obern Korridor des Kasernements im Reformaten-Fort, und 12 dergleichen im Rochus-Fort, soll im Wege der Submission mindestfordernd verdungen werden.

Hierzu haben wir auf:

Dienstag den 28. d. M. Vormittags 10 Uhr in unserm Büreau, im Intendantur- und Garnisonverwaltungs-Gebäude am Berliner Thor, Wallstraße Nr. 1, einen Termin anberaumt, bis zu welchem qualifizirte und kautionsfähige Unternehmer ihre versiegelten Offerten, mit ensprechender Aufschrift versehen, an uns einzureichen haben.

Die Bedingungen nebst Kostenanschlag sind in den üblichen Geschäftsstunden Vor- und Nachmittags bei uns einzusehen.

Posen, den 21. Mai 1861.

Königliche Garnison-Verwaltung.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Rogasen. Erste Abtheilung.

Den 22. Mai 1861 Mittags 12 Uhr.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **H. Richard Wolf zu Rogasen** ist der kaufmännische Konkurs eröffnet.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Herr Apotheker **Seybold** von hier bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 5. Juni d. J. Vormittags 10 Uhr vor dem Kommissar, Gerichtsassessor **Engelkamp**, an hiesiger Gerichtsstelle anberaumten Termine die Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitze der Gegenstände

bis zum 15. Juni c. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwanigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Rogasen, den 22. Mai 1861.

Königl. Kreisgericht. I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Kreisgericht zu Ostrowo.

Das dem **Wojciech v. Biernacki** gehörige, ein Zubehör des im Königreiche Polen belegenen adligen Gutes **Gożyce**, von welchem es zufolge Grenzregulirung abgeschrieben ist, bildende Gut **Zamość**, bestehend aus dem Vorwerk **Zamość**, dem Eisenhammer in **Niwisk** mit zwei Frischfeuern, genannt **Kamillahütte**, einem Theerofen in **Niwisk**, inkl. 3343 Morgen 169 □R. Wald, mit einem Flächeninhalt von 9915 Morgen 85 □R., abgeschätzt auf 37,945 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf.

zufolge der nebst Hypothenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll im Bietungstermine

am 25. Oktober 1861 Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Von dem angegebenen Umfange des Gutes und von obiger Taxe sind ausgeschlossen 107 Morgen 20 □R. Wald und Wiese rc., deren Eigenthum zwischen den Besitzern der Güter **Zamość** und **Kania** strittig ist, woron der Waldtheil allein auf 2860 Thlr. 13 Sgr. 7 Pf. besonders geschätzt ist. Zugleich werden alle Diejenigen, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern beanspruchen, hiermit aufgefordert, sich damit beim Gericht zu melden.

Auch werden zu dem obigen Termine die Besitzer **Wojciech** und **Theophila**, geb. **v. Stamirowska, v. Biernacki**'schen Eheleute hiermit öffentlich vorgeladen.

Ostrowo, den 10. Februar 1861.

Bekanntmachung.

Das königliche Kreisgericht zu Posen, Abtheilung für Zivilsachen.

Posen, den 13. April 1861.

Das auf den Namen des Barbiers **Leberecht Rosner zu Posen** ausgestellte Sparkassenbuch Fol. 18,428 über die bei dem hiesigen Magistrat am 10. Juli 1860 eingelegten 100 Thlr., ist dem Eigenthümer angeblich in der Nacht vom 25. zum 26. August 1860 gestohlen worden.

Jeder, der an dieses Sparkassenbuch ein Anrecht zu haben vermeint, wird aufgefordert, dasselbe spätestens in dem am

12. September d. J. Vormittags um 11 Uhr

vor dem Gerichtsassessor **Feige** in unserem Instruktionszimmer anberaumten Termine näher nachzuweisen, widrigenfalls das Buch für erloschen erklärt und dem Verlierer ein neues an dessen Stelle ausgefertigt werden wird.

Am 1. Juli a. c. wird in der Synagogengemeinde zu **Buk** die Stelle eines שץ ומע vakant. Reflektanten können sich schriftlich oder persönlich melden, jedoch werden bei persönlicher Meldung Reisekosten nicht vergütigt.

Der Verwaltungsvorstand der Synag. Gemeinde.

Ein in Posen belegenes Grundstück mit massivem Vordergebäude, Stall und Hinterhaus ist Familienverhältnisse halber sofort aus freier Hand zu verkaufen bei einer Anzahlung von 2—300 Thlr. Das Nähere beim Wirth **Schrodka Nr. 50/51.**

Zwei Windmühlen, welche zum Abbruch und Wiederaufbau sich eignen, werden zu kaufen gesucht; Selbstverkäufer können sich gefälligst beim Unterzeichneten melden **Posen**, Wallischei Nr. 10. **E. Stanke.**

Das Dominium **Nielęgowo** bei **Kosten** hat 800 Morgen zweischnittige Wiesen zu verpachten. Vom 15. Juni c. an können sich Pachtliebhaber in loco melden.

Ein von **Eisen** gebautes **Schrauben-Dampfschiff** zu 100 Personen oder zum Schleppen, 82 Fuß lang, $9\frac{1}{2}$ Fuß breit, 4 Schrauben, 4 Cylinder, 28 Pferdekraft, ist Theilungshalber zu verkaufen. Portofreie Offerten erbittet man bei Hrn. **Sperle** in **Berlin**, Thiergartenzelt Nr. 1, mit der Aufschrift: **„Dampfschiffssache".**

Möbel-Fuhrwerk

offerirt der **Spediteur**

Moritz S. Auerbach.

Comptoir: Dominikanerstr.

Das Dom. **Mechlin** bei **Schrimm** hat sein ganzes lebendes Inventarium, bestehend aus: 2000 zuchtfähigen, wollreichen und gesunden Schafen nebst 500 diesjährigen Lämmern, mit oder ohne Wolle, 50 Arbeitsochsen, 40 Pferden, 20 Fohlen und 30 Stück Jungvieh, zum Verkauf. — Kauflustige werden darauf aufmerksam gemacht, daß das oben genannte Inventarium durchweg in gutem und gesundem Zustande sich befindet.

Wasserdichte Regenmäntel

für **Reiter** in Form von Militär-Reitmänteln $5\frac{1}{2}$ Thlr., für **Fußgänger** in Form von Sackpaletots 5 Thlr., **Kapotten dazu** 1 Thlr. mehr, außergewöhnliche Größen nach Verhältniß, empfehle ich als praktisch und preiswürdig. — Dieselben sind von schwarzer Farbe, sehr leicht und weit, **kleben niemals** und können beliebig eng zusammengepackt werden. Ich habe deren mehrere tausend für Offiziere unserer und anderer Armeen geliefert, und haben selbe allgemeine Anerkennung gefunden. Bei Bestellungen bitte ich um Angabe der Form, Größe, Hals- und Brustweite.

C. L. Schwerdtmann,

Berlin, Leipzigerstr. 35.

☞ **Diese Mäntel sind nur einzig und allein bei mir zu haben.**

Feuer-Versicherungsbank für Deutschland in Gotha.

Nach dem Rechnungsabschlusse der Bank für 1860 beträgt die Ersparniß für das vergangene Jahr

75 Prozent

der eingezahlten Prämien.

Jedem Banktheilnehmer in hiesiger Agentur wird dieser Antheil nebst einem Exemplar des Abschlusses am Komptoir des unterzeichneten Agenten, **Breslauerstraße Nr. 4**, ausgehändigt, bei dem auch die ausführlichen Nachweisungen zum Rechnungsabschlusse zu jedes Versicherten Einsicht offen liegen.

Denjenigen, welche beabsichtigen, dieser gegenseitigen Feuer-Versicherungsgesellschaft beizutreten, giebt der Unterzeichnete bereitwilligst desfallsige Auskunft und vermittelt die Versicherung.

Posen, den 22. Mai 1861.

Robert Garfey,

Agent der Feuer-Versicherungsbank f. D. in Gotha.

Bad Wildungen.

Die berühmten Wildunger Mineralwasser, deren spezifische Heilkräfte gegen Stein und Grieß, Blasenkatarrh rc., Blasenhämorrhoiden, Blasenkrampf rc., gegen Krankheiten der Geschlechtsorgane: fehlerhafte Menstruation, Bleichsucht, Impotenz, Sterilität rc. allgemein bekannt sind, werden in Flaschen mit dem Stempel „Wildunger Wasser" und mit Brandzeichen unter dem Kork versendet.

Die durch ihre Eisenhaltigkeit und viele Kohlensäure sehr nervenstärkenden Bäder werden vom 1. Juni an abgegeben.

Da sich die **künstlichen** Wildunger Wasser als **ganz unwirksam** erwiesen haben, so hat die Versendung der **natürlichen** hiesigen Mineralwasser so zugenommen, daß um zeitige Einsendung der Bestellungen an die Brunneninspektion ersucht wird, welche auch sonstige Auskunft wegen Logis u. s. w. ertheilt.

Die hiesigen Aerzte sind die Herren Kreisphysikus Dr. **Döhne**, Dr. **v. Lingelsheim**, Dr. **Rörig** und Dr. **Krüger**, welcher Letztere als Brunnenarzt während der Saison im großen Badehause wohnt. Im Sommer ist auch Herr Sanitätsrath Dr. **Schauer** aus Berlin hier.

Wasserheilanstalt

in **Charlottenburg**, $\frac{1}{2}$ St. von Berlin und am Thiergarten reizend gelegen. Billige Pension. **Dr. Eduard Preiss.**

Gogoliner Kalk.

Unsere, unter Leitung unsres Mitgliedes Hrn. **Eduard Ephraim** in **Posen**, **Hinterwallischei 114**, stehende Niederlage erhält jetzt **täglich frische** Zusendungen von Kalk, und empfehlen wir solchen in bekannter Qualität zu den **billigsten Preisen.**

An Wiederverkäufer gewähren wir Rabatt.

Das Gogoliner und Goradzer Kalk- und Produkten-Komptoir.

Sperenberger Düngergyps,

vorzüglicher Qualität, ist vorräthig und offerirt billigst

Eduard Ephraim,

Hinterwallischei 114.

Auf dem Dominium **Zelgniewo** bei **Wisseck** (Bahnhof **Białośliwe**) stehen 210 Stück **fette Masthammel** zum sofortigen Verkauf.

150 Mutterschafe

sind auf dem Dominium **Schwierse** bei **Oels** nach der Schur verkäuflich. Anfragen sind ans Wirthschaftsamt zu richten. Wollpreis über 100 Thlr., Gewicht pro Schaf $2\frac{1}{2}$ Pfd. Wolle.

Dom. **Grabianowo** bei **Schrimm** stellt zum Verkauf 60 Stück Mutterschafe mit ungefähr 30 Lämmern, so wie 90 Stück Hammel. Dieses Vieh ist im besten Alter und zur Zucht tauglich, frei von erblichen Krankheiten und von feiner Wollbeschaffenheit.

Auf meinem Vorwerk **„Abbau Pinne"** stehen 200 Stück Masthammel zum Verkauf.

Pinne, den 24. Mai 1861.

N. L. Szamatólski.

Sonntag den 26. Mai c.

mit dem Frühzuge bringe ich einen Transport frischmelkender

Netzbrücher Kühe nebst Kälbern

nach **Posen**

und logire in **Budwig's Hôtel**, Kämmereiplatz Nr. 18/19.

Klakow, Viehhändler.

Alte runde Dachsteine sind billig zu verkaufen. Näheres beim Hauseigenthümer Breslauerstraße Nr. 38.

Lilionese

ist von dem königl. preuß. Ministerium für Medizinal-Angelegenheiten geprüft und besitzt die Eigenschaft, Frostschäden zu beseitigen, der Haut ihre jugendliche Frische wiederzugeben und alle Hautunreinigkeiten, als: Sommersprossen, Leberflecke, zurückgebliebene Pockenflecke, Finnen, trockene und feuchte Flechten, so wie Röthe auf der Nase (welche entweder Frost oder Schärfe gebildet hat) und gelbe Haut zu entfernen. Es wird für die Wirkung, welche binnen 14 Tagen erfolgt, garantirt, und zahlen wir beim Nichterfolg den Betrag retour.

Um Täuschungen zu vermeiden, wolle man genau beachten, daß auf dem Etiquett: **Rothe u. Co.** bemerkt sein muß. Preis pro ganze Flasche 1 Thlr.

Barterzeugungspomade,

à Dose 1 Thlr.

Dieses Mittel wird täglich einmal Morgens in der Portion von zwei Erbsen in die Hautstellen, wo der Bart wachsen soll, eingerieben und erzeugt binnen 6 Monaten einen vollen kräftigen Bartwuchs. Dasselbe ist so wirksam, daß es schon bei jungen Leuten von 17 Jahren, wo noch gar kein Bartwuchs vorhanden ist, den Bart in der obengedachten Zeit hervorruft. Die sichere Wirkung garantirt die Fabrik von

Rothe u. Co. in Berlin, Kommandantenstr. 31.

Die alleinige Niederlage befindet sich in **Posen** bei Herrn

Herrmann Moegelin,

Breslauerstraße Nr. 9.

Das größte Lager in Posen.

Echt gedreht lederne

Kutsch- und Arbeitsgeschirre, ebenso feine und ordinäre Gurtgeschirre empfiehlt **die Riemerei und Seilereifabrik** von ***Julius Scheding***, **Verkaufslokal: Wallischei, an der Brücke.**

Wollfaden wie auch andern Bindfaden billigst bei ***M. Brandenburg***, Wronkerstraße Nr. 19.

Die kompleten Eisentheile zu 2 Rolländschen Backöfen sollen billig verkauft werden. Näheres auf Franko-Anfragen bei **Buchalski Nachfolger, Berlin**, Fischerstr. 22.

✻ Den Müttern angelegentlichst empfohlen. ✻

Dr. med. Merkel's aromatisches **Kinder-Malzpulver** à Schachtel 7½ Sgr.

Für die verschiedenen Altersstufen sorgfältigst zubereitet, bewährt sich dies Malzpulver **zur Aufhilfe und Kräftigung der Kinder** als ein vorzügliches, leicht verdauliches Nahrungsmittel, welches in den meisten Fällen **selbst die Muttermilch zu ersetzen im Stande ist**, das vornehmlich auch das **Zahnen** der kleinen Kinder sehr erleichtert und von selben als Lieblingsspeise gern genossen wird. — Indem wir daher mit gerechter Zuversicht die Aufmerksamkeit aller Mütter auf dies von kompetenter Seite angelegentlichst empfohlene und sich in **überraschender Nützlichkeit thatsächlich bewährende** Nahrungsmittel hinlenken, bemerken wir noch, daß Dr. Merkel's Kinder-Malzpulver **nur** in Originalschachteln, die mit dem Siegel des Komponenten geschlossen sind, zu à 7½ Sgr. verkauft und Prospekte und Gebrauchsanweisungen **gratis** verabreicht werden.

Haupt-Versendungskomptoir des Dr. Merkel'schen Kinder-Malzpulvers zu Berlin, Leipzigerstraße Nr. 24.

Große frisch geräucherte Lachse sind billigst zu haben bei ***M. Brandenburg***, Wronkerstraße Nr. 19.

St. Martin 58 ist eine möbl. Stube vom 1. ab zu verm., passend für 2 oder 3 Herren.

Große Räume zu Wolllagern im großen Saale u. Remisen des ***Hôtel de Saxe***, Breslauerstr. 15, sind zu vermiethen **nur** vom Eigenthümer **Mendel Friedlaender.**

Wilhelmsstr. 23, Parterre, ist eine möbl. Stube für 1 oder 2 Herren zu vermiethen.

Markt 54 ist die erste und dritte Etage von Michaelis l. J. zu vermiethen. Näheres in dem Tabaks- und Cigarrengeschäfte daselbst.

Das Dominium ***Grzybno*** bei **Czempin** sucht zu Johanni c. einen Wirthschaftsbeamten. Bewerber können sich in portofreien Briefen melden.

Sperling.

Durch das **landwirthschaftliche Central-Versorgungsbüreau der Gewerbe-Buchhandlung** von ***Reinhold Kühn*** **in Berlin**, Leipzigerstraße 33, wird gesucht ein gut empfohlener unverheiratheter Oekonomie-Inspektor, der deutsch und polnisch spricht. Gehalt 200 Thlr. und mehr, je nach den Leistungen. Antritt sofort.

Honorar nur für wirkliche Leistungen. Einschreibegelder fallen fort. Briefe werden innerhalb 3 Tagen beantwortet.

Für Berliner und auswärtige Handlungshäuser können zu Johanni a. c. noch tüchtige Kommis, auch Reisende und Komptoiristen engagirt werden durch das merkantilische Placirungskomptoir zu Berlin.

Briefe franko an **B. Holz & Co.** daselbst.

Vier tüchtige Schäferknechte finden Stellen auf dem Dominium **Gr. Rybno** bei **Kiszkowo.**

Herrn X. B. Posen.

Der erbetene Bescheid ist von Ihnen nicht abgeholt worden. Nach Abzug der Insertionskosten ist der Betrag von 4 Thlr. 15 Sgr. zum Theil der Expedition dieser Zeitung für die Abgebrannten in Schwetzkau, zum Theil dem Armendeputirten Herrn **Herz** hierselbst zur Vertheilung an verschämte Arme zugestellt worden.

D. S.

Am 22. d. M. Abends ist auf dem Wege vom Städtchen nach dem Kirchhofsthor ein Notizbuch, worin ein Wechsel von 10 Thlr. und ein Loos Nr. 47 bef., verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, solches St. Adalbert 27, links, gegen angemessene Belohnung abzugeben.

Ich warne einen Jeden vor Ankauf des Schuldscheins vom Wirth **Joseph Walter** aus **Demsen**, welcher von mir am 21. Januar 1858 auf 300 Thlr. ausgestellt war, indem die Schuld nebst Zinsen getilgt und das Dokument wahrscheinlich verlegt ist.

St. Lazarus, den 23. Mai 1861.

Joseph Schneider.

Familien-Nachrichten.

Als Verlobte empfehlen sich allen Freunden und Verwandten statt besonderer Anzeige:

Dorothea Haase,
Alexander Bielschowsky.
Żerkow. **Breslau.**

Gestern 11¼ Uhr Abends verschied nach längerem Leiden im Alter von 82 Jahren der k. Baukondukteur **Friedrich Wilhelm Hoffmann**, welches allen Freunden und Verwandten mit der Bitte um stilles Beileid tiefbetrübt anzeigen **die Hinterbliebenen.**

Posen, den 23. Mai 1861.

Die Beerdigung findet Sonntag früh 8 Uhr vom Trauerhause, Schützenstraße Nr. 25, statt.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Geburten. Ein Sohn dem Hauptmann Schmeltzer in Berlin, dem Frhrn. v. Blomberg in Liebthal, dem Oberst v. Hanenfeldt in Stettin; eine Tochter dem Hauptmann Elstermann v. Elster in Frankfurt a. O., dem Oberstabsarzt Dr. Wustandt in Stargard in Pom., dem Hrn. Th. Levin in Königsberg.

Sommertheater in Posen,

Königsstraße Nr. 1.

Freitag. Extravorstellung mit Konzert. Programm: 1) **Konzert.** 2) **Prolog.** 3) **Sonntagsräuschchen.** 4) **Hermann und Dorothea.** 5) **Konzert.** Entrée für Konzert und Theater 5 Sgr.

Sonnabend. Zum ersten Male: **Mutter und Töchter**, oder: **Die Zurücksetzung.** Schauspiel in 5 Akten von Töpfer. Zum Schluß: **Das Salz der Ehe.** Lustspiel in 1 Akt von Görner. Herr v. Lobeck — Herr Walter-Trost, Elise — Frl. Weinhold als Debüt.

In Vorbereitung: **Ein Stoff von Anton Schmidt.** Lustspiel von Moser.



Morgen **Sonnabend**, so wie die folgenden Tage findet in **G. Kreutzberg's zoologischer Galerie** jeden Tag um 5 Uhr eine große außerordentliche Vorstellung statt, in welcher der Thierbändiger G. Kreutzberg die **schwersten Dressuren** mit 4 Löwen, 5 Hyänen und 4 Bären ausführen wird, **wie sie bis jetzt noch von keinem Zweiten gesehen wurden, welches man mit Recht sagen kann.**

Zum Schlusse der Vorstellungen wird der Thierbändiger 12 Raubthiere zusammenlassen und mit denselben an einer Tafel speisen. Alsdann finden die Produktionen der **beiden Elephanten** statt, so wie **Hauptfütterung sämmtlicher Raubthiere.**

Sonntag finden zwei große Vorstellungen statt, die erste um 4½ Uhr, die zweite 6½ Uhr.

Lambert's Garten.

Sonnabend den 25. Mai 1861

großes Konzert.

Anfang 5½ Uhr. Entrée à Person 2½ Sgr., Familien von 3 Personen 5 Sgr.

F. Radeck.

Bahnhof's Garten.

Sonnabend den 25. Mai 1861

großes Konzert

vom Musikkorps des königl. II. Leib-Hus. Regts. (Nr. 2), unter Leitung des Musikmeisters Herrn **Zikoff.** Anfang ½5 Uhr. Entrée à Person 2½ Sgr., Familien von 3 Personen 5 Sgr.

Programme werden an der Kasse ausgegeben.

Kästner, Restaurateur.

Schützengarten.

Morgen Sonnabend den 25. Mai

großes Militärkonzert

von der Kapelle des 2. brandenb. Grenadier-Regiments (Nr. 12), unter Direktion des Kapellmeisters Herrn **Eberstein.**

Anfang 5 Uhr. Entrée à Person 2½ Sgr. Familien 5 Sgr. ***Roche.***

Vogt's Kaffeegarten.

Sonnabend den 25. und Sonntag den 26. d. **Konzert.** Entrée à Person 1 Sgr.

Auch ist frischer Waldmeister wieder zu haben.

Urbanowo.

Sonnabend den 25. **großes Frühkonzert.** Anfang 5 Uhr Morgens. ***Wężyk.***

Weißbierhalle, Wallischei Nr. 6.

Freitag den 24. Mai **musikalische Abendunterhaltung.**

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 24. Mai 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½% Staats-Schuldsch.	—	87¾	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " "	102½	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	106½	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	120	—
Posener 4% Pfandbriefe	—	101⅛	—
" 3½ " "	—	95½	—
" 4 " neue "	—	91½	—
Schles. 3½% Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 3½ " "	—	—	—
Poln. 4 " "	—	85	—

	Br.	Gd.	bez.
Posener Rentenbriefe	—	94	—
" 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	—	—
" 5 " Prov. Obligat.	—	99	—
" Provinzial-Bankaktien	—	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	87	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen fest und etwas höher bezahlt, pr. Mai-Juni 43½ bz., Juni-Juli 43½—5/12 bz., Juli-Aug. 43¾ Br. u. Gd.

Spiritus ebenfalls etwas besser, mit Faß pr. Mai 18⅜ bz., Juni 18⅜ bz., Juli 18⅜ bz., Aug. 18 11/12 Br.

Posener Marktbericht vom 24. Mai.

	von Rt	von Sgr	von Pf	bis Rt	bis Sgr	bis Pf
Fein. Weizen, Schfl. z. 16 Mtz.	3	—	—	3	2	6
Mittel-Weizen	2	20	—	2	25	—
Bruch-Weizen	2	15	—	2	17	6
Roggen, schwerer Sorte	1	26	3	1	28	9
Roggen, leichtere Sorte	1	21	3	1	22	6
Große Gerste	1	12	6	1	15	—
Kleine Gerste	1	10	—	1	12	6
Hafer	—	26	—	—	28	—
Kocherbsen	1	23	9	1	26	3
Futtererbsen	1	20	—	1	21	3
Winterrübsen, Schfl. z. 16 Mtz.	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrübsen	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	1	7	6	1	10	—
Kartoffeln	—	16	—	—	18	—
Butter, 1 Faß (4 Berl. Qrt.)	2	5	—	2	15	—
Roth. Klee, Ct. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee dito	—	—	—	—	—	—
Heu, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Rüböl, d. Ct. z. 100 Pfd. Z. G.	—	—	—	—	—	—
Spiritus am 23. Mai per 100 Qrt. à 80% Tr.						
" 24. "	18	2	6	18	10	—

Die Markt-Kommission.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 23. Mai Vorm. 8 Uhr 3 Fuß 1 Zoll.
" 24. " " " 2 " 11 "

Produkten-Börse.

Berlin, 23. Mai. Wind: W.-N.-W. Barometer: 28³. Thermometer: früh 6° +. Witterung: leicht bewölkt.

Weizen loko 72 a 84 Rt.

Roggen loko 46 a 47¾ Rt., p. Mai-Juni 46 a 47 Rt. bz. u. Br., 46¾ Gd., p. Juni-Juli 46½ a 47¼ Rt. bz. u. Br., 47 Gd., p. Juli-Aug. 46¾ a 48 Rt. bz. u. Br., 47¾ Gd., p. Sept.-Okt. 48¼ a 48¾ Rt. bz. u. Gd., 49 Br., p. Okt.-Nov. 48 a 48½ Rt. bz.

Große Gerste 38 a 44 Rt.

Hafer loko 24 a 29 Rt., p. Frühjahr 26 a 26¼ Rt. bz., p. Mai-Juni 26 a 26¼ Rt. bz., p. Juni-Juli 26 a 26½ Rt. bz., p. Juli-Aug. 26 Rt. bz., p. Sept.-Okt. 26 Rt. bz.

Rüböl loko 11¾ Rt. bz., p. Mai 11 19/24 a 11¾ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 11 19/24 a 11¾ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 11⅞ a 11 19/24 Rt. bz. u. Gd., 11⅝ Br., p. Sept.-Okt. 12⅙ a 12¼ a 12 1/12 Rt. bz. u. Gd., 12⅙ Br.

Spiritus loko ohne Faß 18⅞ a 18⅔ Rt. bz., p. Mai 18 7/12 a 18¾ Rt. bz. u. Gd., 18⅝ Br., p. Mai-Juni 18 7/12 a 18¾ Rt. bz. u. Gd., 18⅝ Br., p. Juni-Juli 18⅞ a 19 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juli-August 19 1/12 a 19¼ Rt. bz. u. Gd., 19⅓ Br., p. Aug.-Sept. 19¼ a 19⅙ Rt. bz. u. Br., 19 5/12 Gd., p. Sept.-Okt. 19⅙ a 19⅜ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Okt.-Nov. 18 1/12 a 18⅙ Rt. bez. u. Gd., 18⅔ Br.

Weizenmehl 0. 5¼ a 5½, 0. u. 1. 4⅝ a 5¼ Rt. Roggenmehl 0. 3 7/12 a 3⅔, 0. u. 1. 3½ a 3⅙ Rt. (B. u. H. Z.)

Berlin, 23. Mai. Nach amtlicher Feststellung durch die Aeltesten der Kaufmannschaft kostete Spiritus loko pr. 8000% nach Tralles frei ins Haus des Käufers geliefert am

17. Mai 1861. 18—⅛ Rt.
18. " . . . 18—18⅛ Rt.
21. " . . . 18¼—18⅜ Rt.
22. " . . . 18 5/12—18 11/24 Rt.
23. " . . . 18½—18⅔ Rt.
} ohne Faß.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin.

Stettin, 23. Mai. Wetter trübe, milde Luft, + 13° R. Wind: N.-W.

Weizen loko p. 85pfd. gelber nach Qualität 69—85 Rt. bz., 83/85pfd. p. Mai-Juni und p. Juni-Juli 83 Rt. bz. u. Br., 85pfd. p. Juni 87 Rt. bz.

Roggen loko p. 77pfd. 43½—46 Rt. für leichten bis 82pfd. bz., 77pfd. p. Mai-Juni 44 Rt. bz., p. Juni-Juli 44, 44¼, ½ Rt. bz., p. Juli-Aug. 44½, 45 Rt. bz., p. Aug.-Sept. 45¾ Rt. Gd., p. Sept.-Okt. 46, 46½, ½ Rt. bz.

Gerste, pomm. loko p. 70pfd. 38 Rt. Br.

Hafer loko p. 50pfd. 28½ Rt. bz.

Erbsen, kleine Koch- 48 Rt. bez.

Rüböl loko 11⅔ Rt. bz., p. Mai-Juni 12 Rt. Br., p. Sept.-Okt. 12 1/12, 12 Rt. bz. u. Gd.

Spiritus loko ohne Faß 18⅞ Rt. bz., p. Mai-Juni 18¾ Rt. Gd., p. Juni-Juli 18⅞ Rt. bz., 19 Br., p. Juli-Aug. 19 Rt. bz. u. Gd., p. Aug.-Sept. 19⅛ Rt. bz. u. Gd., 19¼ Br., p. Sept.-Okt. 19 Rt. Br., 18¾ Gd. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 23. Mai. Wetter: Seit gestern Abend starker Regen, welcher bis heute früh anhielt. Am Tage wärmer, + 10°.

Weißer Weizen 81—86—89—93, gelber 75—80—84—90 Sgr.

Roggen, 60—62—65 Sgr.

Gerste, 46—50—58 Sgr.

Hafer, 30—33—34½ Sgr.

Erbsen 53—56—65 Sgr.

Kleesamen. Rother 11—12½—14½ Rt., weißer 8—10—13—15 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80% Tralles). 18⅔ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Mai 49¾—50½—50 bz., Mai-Juni 49 bz. u. Br., Juni-Juli 48½ bz., 48¾ Gd., Juli 49 bz., Juli-Aug. 48½ bz., Aug.-Sept. 48½ bz., Sept.-Okt. 48½ Br.

Rüböl loko, p. Mai u. Mai-Juni 11 7/12 Br., 11½ Gd., Juni-Juli 11⅔ Br., Sept.-Okt. 12 1/12—12 bz., in Kompens. 11 11/12 Rt. bz.

Spiritus loko 18⅞ Gd., p. Mai-Juni etwas 18¼ bz., 18⅓ Gd., Juni-Juli 18½ bz., Juli-Aug. 18⅔ Br., Aug.-Sept. 19⅙—19 bz. (Br. Hdlsbl.)

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 23. Mai 1861.

Eisenbahn-Aktien.

	Zf.	Kurs
Aachen-Düsseldorf	3½	77½ G
Aachen-Mastricht	4	20½ bz
Amsterd. Rotterd.	4	80⅜ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	92¾-½ bz u G
do. Lt. B.	4	80 G
Berlin-Anhalt	4	124½ bz
Berlin-Hamburg	4	115¾ bz
Berl. Potsd. Magd.	4	139½ bz
Berlin-Stettin	4	115¾ G
Bresl. Schw. Freib.	4	103¾-104½ bz
Brieg-Neiße	4	48½ B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	152-52½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	33 bz
do. Stamm-Pr.	4½	74½ G
do. do.	4	79½ bz
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Berb.	4	133 G
Magdeb. Halberst.	4	228 bz
Magdeb. Wittenb.	4	40-½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	104¾-5-4¾ bz
Mecklenburger	4	46¾-47 bz u B
Münster-Hammer	4	95½ bz
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	96½ bz
Niederschl. Zweigb.	4	35 B
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	44¾-¾ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	121 bz
do. Litt. B.	3½	109½ B
Oest. Franz. Staat.	5	133 bz u G
Oppeln-Tarnowitz	4	33½ bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	54 bz
Rheinische,	4	83½ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	22½ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	77½ G
Stargard-Posen	3½	84½ G
Thüringer	4	107½ bz

Die Haltung der heutigen Börse war fester.

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

	Zf.	Kurs
Berl. Kassenverein	4	114½ G
Berl. Handels-Ges.	4	80 bz
Braunschw. Bk. A.	4	68 B
Bremer do.	4	98½ B
Coburg. Kredit-do.	4	50 B
Danzig. Priv. Bk.	4	89⅞ bz
Darmstädter abgst.	4	72½ bz
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	93½ G
Dessauer Kredit-do.	4	12⅞ bz
Dessauer Landesbk.	4	23 bz
Disk. Comm. Anth.	4	84½ bz
Genfer Kred. Bk. A.	4	25½-¼ bz u B
Geraer do.	4	69½ G
Gothaer Priv. do.	4	69½ B
Hannoversche do.	4	92½ bz
Königsb. Priv. do.	4	85 G
Leipzig. Kredit-do.	4	63 bz u G
Luxemburger do.	4	85 B
Magdeb. Priv. do.	4	80 G
Meining. Kred. do.	4	70½ B
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	86 G
Oestr. Kredit- do.	5	62-⅜ bz
Pomm. Ritt. do.	4	71 B
Posener Prov. Bank	4	82¾ B
Preuß. Bank-Anth.	4½	123⅞ bz
Rostocker Bank Akt.	4	105 B
Schles. Bank Verein	4	81 B
Thüring. Bank-Akt.	4	53½ B
Vereinsbank. Hamb.	4	99⅞ bz
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	73 B

Industrie-Aktien.

	Zf.	Kurs
Dessau. Kont. Gas-A	5	95½ bz
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	57 B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	65¾ G
Minerva, Bergw. A.	5	18 B
Neustädt. Hüttenv. A	5	3¾ B
Concordia	4	104 G
Magdeb. Feuervers. A	4	420 G

Prioritäts-Obligationen.

	Zf.	Kurs
Aachen-Düsseldorf	4	86½ bz
do. II. Em.	4	84¾ G
do. III. Em.	4½	90 G
Aachen-Mastricht	4½	66½ B
do. II. Em.	5	64¾ bz
Bergisch-Märkische	5	101½ bz
do. II. Ser.	5	101¼ bz IV 101¾ G
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	80 bz
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	86 G
do. II. Ser.	4½	95 G
Berlin-Anhalt	4	97¾ bz
do.	4½	101⅜ B
Berlin-Hamburg	4½	103¾ G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	95 G B. 95¾ G
do. Litt. C.	4½	101 bz
do. Litt. D.	4½	100¾ bz
Berlin-Stettin	4½	101¼ G
do. II. Em.	4	91½-90¾ bz
do. III. Em.	4	90¾ G
Bresl. Schw. Freib.	4½	98 B
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101½ G
do. II. Em.	5	104 B
Cöln-Minden	4	90½ G
do. III. Em.	4	87¾ bz
do.	4½	97 G
do. IV. Em.	4	88 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	83¾ bz
do. III. Em.	4½	87½ bz
Magdeb. Wittenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	95⅜ G
do. conv.	4	94¾ G
do. conv. III. Ser.	4	92 G
do. IV. Ser.	5	100¾ B
Nordb., Fried. Wilh	4½	100¾ G
Oberschles. Litt. A.	4	92 bz
do. Litt. B.	3½	82¼ G, C. 90⅜ B
do. Litt. D.	4	90½ bz
do. Litt. E.	3½	79¼ G
do. Litt. F.	4½	97½ bz
Oestreich. Französ.	3	253½ etw bz u B
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —, II. — —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	86¾ G
do. v. Staatgarant.	3½	81⅛ G
Rheinische Pr. Obl.	4½	92 bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95½ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	93¼ G
do. II. Ser.	4	85 bz
do. III. Ser.	4½	90 B
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	95¾ G
do. III. Em.	4½	— —
Thüringer	4½	102 bz II. 104¾ G
do. III. Ser.	4½	101¼ G
do. IV. Ser.	4½	100½ G

Preußische Fonds.

	Zf.	Kurs
Freiwillige Anleihe	4½	102 B
Staats Anl. 1859	5	106¾ bz
do.	4½	102¼ bz
do. 1856	4½	102¼ bz
do. 1853	4	97½ bz
N. Präm St A 1855	3½	121 B
Staats-Schuldsch.	3½	88⅛ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	87½ bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102⅜ G
do. do.	3½	84¾ bz
Berl. Börsenh. Obl.	5	105 G
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	92 bz
do.	4	100¾ bz
Ostpreußische	3½	85½ bz
do.	4	95½ B
Pommersche	3½	88¾ G
do. neue	4½	99 bz
Posensche	4	101½ bz
do.	3½	95½ G
do. neue	4	91½ bz
Schlesische	3½	89¾ G
V. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	84⅜ bz
do.	4	95⅛ bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	98 bz
Pommersche	4	98 bz
Posensche	4	94½ bz
Preußische	4	98 G
Rhein- u. Westf.	4	96¾ bz
Sächsische	4	99 G
Schlesische	4	98 G

Ausländische Fonds.

	Zf.	Kurs
Oestr. Metalliques	5	48½-48 bz
do. National-Anl.	5	56½-½-⅜ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	64¼ G
do. neue 100fl. Loose	—	54¾ bz u B
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	87¾ G
6. do.	5	100 bz
Englische Anl.	5	102⅛ B
N. Russ. Egl. Anl.	3	62 B
Poln. Schatz-O.	4	80⅜ bz
Polnische: Cert. A. 300 Fl.	5	93¼ G
do. B. 200 Fl.	—	23½ G
Pfdbr. u. in S R.	4	85¼ B
Part. O. 500 Fl.	4	92 bz
Oestr. 5proz. Loose	5	60½ G
Hamb. Pr. 100 BM	—	94 G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	49⅜ bz
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30¼ G
Dessau. Präm. Anl.	3½	98¾ G

4½% [90¼ G

Gold, Silber und Papiergeld.

		Kurs
Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 5½ G
Louisd'or	—	109⅜ G
Sovereigns	—	6. 22 G
Napoleonsd'or	—	5. 9¾ G
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 459 bz
Dollars	—	1. 13 bz
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅝ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅝ bz
Fremde kleine	—	99⅛ G
Oestr. Banknoten	—	71½ bz
Poln. Bankbillet	—	87⅜ bz

Wechsel-Kurse vom 23. Mai.

	Zf.	Kurs
Amsterd. 250 fl. kurz	3	142 bz
do. 2 M.	3	141½ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150½ bz
do. do. 2 M.	2½	149⅞ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 20½ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79 5/12 bz
Wien öst. W. 8 T.	—	71 B
do. do. 2 M.	6	70½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 G
Frank. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99¾ bz
do. do. 2 M.	4	99 5/12 bz
Petersb. 100 R. 3 W.	4	95½ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109⅜ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	86½ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Breslau, 23. Mai. Die Börse war fest und namentlich mit Kredit und Freiburger höher.

Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. 84¾ Br. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 62½ bz u Br. Posener Bank 83 bz. Schlesischer Bankverein 81 bz u Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 103 5/12 Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. Köln-Mindener Prior. — Neisse-Brieger 47¾ Gd. Oberschlesische Lit. A. u. C. 122½ Br. dito Lit. B. —. dito Prio. Oblig. 90¾ Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 97¾ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. 78⅔ Gd. Oppeln-Tarnowitzer 33¾ Br. Rheinische —. Kosel-Oderb. 34 Br. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. —. dito Stamm-Prior.-Obl. 80¼ B.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Paris, Donnerstag, 23. Mai, Nachmittags 3 Uhr. Die Rente begann zu 69, 40, stieg auf 69, 45, und schloß hierzu unbelebt. Konsols von Mittags 12 Uhr waren 91⅞ gemeldet.

Schlußkurse. 3% Rente 69, 45. 4½% Rente 96, 25. 3% Spanier 49⅛. 1% Spanier 43¾. Oestr. Staats-Eisenb. Akt. 512. Oestr. Kreditaktien —. Credit mobilier Akt. 710. Lomb. Eisenb. Akt. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.